

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis monatlich 1,80 Mark einschließlich Frangobonus, bei Selbstabholung 1,60 Mark. Gehört wöchentlich fest und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezahlungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion und Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Zeitungsgesellschaft, Postfach 10, Halberstadt. Verantwortlich für Inhalt und Wirtschaft: Kurt Wolfenbüttel, für den totalen Teil Wilhelm Kindermann, für Inhalte und Anzeigen: Karl Treff, sämtlich in Halberstadt.

Ausgabenpreis die achtspaltige Kolonelle oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamelle 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zustellung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht abgenommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 10, Halberstadt. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 10, Halberstadt.

Nr. 29

Donnerstag, den 4. Februar 1932

7. Jahrgang

Der falsche Gendarm.

Adolf Hitler, Gendarmerie-Kommissar von Hilburghausen in Thüringen.

Der frühere thüringische Nazi-Minister Dr. Wilhelm Fried, der Held des Weltkrieges von Birmensfeld, hat während seiner Ministerlaufbahn den Bandenführer Hitler zum thüringischen Staatsbeamten ernannt mit der ostentativen Absicht, ihm durch diese Ernennung hinten herum das deutsche Staatsbürgerrecht zuzuflechten. Die Ursache dieser Ernennung liegt im Gafz des Braunen Hauses in München, wo sie gütlich geführt wird. Diese Urkunde ist der Scheid, den Hitler vor sich halten wollte, wenn ihm einmals als Erfolg seines Treibens in Deutschland die Ausweisung drohen sollte.

Diese Ernennung ist von den Nationalsozialisten und den beteiligten thüringischen Beamten mit der Hülle tiefsten Geheimnisses umgeben worden; denn nicht nur die Umstände der Ernennung, sondern vor allen Dingen auch der Dienstgrad, den Herr Fried Herrn Hitler verleiht hat, magden dies Geheimnis notwendig.

Man hat in den letzten Tagen vor einer außerordentlichen Professur Hitlers an der Technischen Hochschule in Braunschweig oder auch von seiner Ernennung zum Oberregierungsrat geküßelt. Aber so hoch gingen die Ambitionen von Hitler und Fried nicht. Die Herren waren bescheidener. Sie haben den nächsten offenen Posten genommen, bei dem sich die Möglichkeit bot, einen Parteibuchbeamten einzuflechten. Und so hat Herr Fried zur Zeit seiner Ministerherrlichkeit in Thüringen Herrn Adolf Hitler aus Braunau schlicht und einfach ernannt zum Gendarmeriekommissar von Hilburghausen.

Es versteht sich von selbst, daß Hitler niemals Dienst getan hat. Man stelle sich vor, daß der neugedachte Gendarmeriekommissar in vollständig neuer Uniform mitbeweg durch die Straßen von Hilburghausen in Thüringen geschritten wäre, allen Einwohnern gütlich unbekannt, bis die Staatschöfen der Kleinstadt von Ohr zu Ohr geküßelt hätten.

Wissen Sie nicht, wer das ist? Das ist unser neuer Gendarmeriekommissar. Er heißt Adolf Hitler und soll aus München sein, den hat sicher Herr Fried mitgebracht!

Aber Herr Hitler hat keine Antrittsvorlesung als Gendarmeriekommissar in Hilburghausen gegeben. Wir erinnern uns allerdings dunkel, daß er einmal in einer nationalsozialistischen Versammlung in Hilburghausen gesprochen und sich bei dieser Gelegenheit zwei Tage am Ort aufgehalten hat. Das muß wohl seine einzige dienstliche Funktion gewesen sein, die er in Hilburghausen verrichtet hat!

Hilburghausen besitzt einen historischen Ruf. Es wurde in vergangenen Zeiten für die glorreiche Reichsarmee unerschöpflichen Angebotes eines gemeinen Soldaten stellen. Jetzt hat es den zweiten Höhepunkt seiner historischen Ehre erlitten. Es hat dem Lande Thüringen zwar nicht einen Reichsfeldboten, wohl aber einen Anwärter auf den Posten eines deutschen schätzlichen Direktors gegeben in Gestalt des Gendarmeriekommissars Adolf Hitler.

Gendarmeriekommissar Adolf Hitler!

Das ist ein Titel, der ist so sinnvoll, so beziehungslos, dabei stehen Titel und Persönlichkeit in lo engem Einklang, daß man Herrn Fried-Birmensfeld dankbar sein muß, daß er uns das langweilige Wort Gendarmeriekommissar Adolf Hitler geküßt hat. Was der Mann will und was er kann, wie er denkt und wie er handelt, gibt es einen besseren Ausdruck dafür als den langweiligen Titel Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hilburghausen? Wir treten dem würdigen Gendarmeriekommissar von Hilburghausen, seiner Beamtengehalt und seiner Persönlichkeit in keiner Weise zu nahe, aber der Gendarmeriekommissar Adolf Hitler, das ist fast noch ein schönerer Titel als der Titel Hauptmann von Köpenick!

Der Parteibuchbeamte Adolf Hitler

Ist dem Beispiel seiner Befehlshaber gefolgt. Er hat sich mit den Beamtenfischen der Republik einrichten lassen. Er hat die Steuern der Beamtenzufuhr betreten, wenn auch ziemlich weit unten. Aber immerhin, er hat vorausichtlich mit dem Amt, das ihm Herr Fried

auf Grund des Parteibuchs

zugewandt hat, zugleich den Höhepunkt seiner Beamtenlaufbahn erlitten! Es ließe sich eine ganze Reihe von Fragen aufstellen, die der Gendarmeriekommissar Hitler von Hilburghausen beantworten müßte. Aber alle diese Fragen sind nichts gegenüber dem langweiligen Titel, den Herr Fried ihm verliehen hat und der heute in Deutschland und in der ganzen Welt einen Sturm von Gefühlsregungen hervorruft: Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hilburghausen! Es steht außer allem Zweifel, daß diese Ernennung den

Charakter einer Schiebung trägt, die Herrn Hitler hinten herum das deutsche Staatsbürgerrecht verschaffen sollte, daß sie nicht ernstlich gemeint war, daß bei der ernennenden Behörde nicht der Wille vorlag, Hitler ernstlich zum Beamten zu machen. Der Ministerialrat Rajenberg vom Reichsministerium des Innern hat in diesen Tagen einen Aufschub über den Erwerb der deutschen Staatsbürger-

schaft durch Ernennung zum Staatsbeamten veröffentlicht, der zugleich die Ansicht des Reichsinnenministeriums ausdruckt. Dieser Aufschub stütze sich auf einen Kommentar des Staatsrechtslehrers Walter Sellin in seinem Verwaltungsrecht, in dem es heißt:

„Würde ein Land um die den anderen Ländern zustehende

Der Gendarm von Hilburghausen.



In seinem Sonntagsnachmittagsausgehungs.

Schallendes Gelächter.

Der neue Hauptmann von Köpenick im Spiegel der Presse.

Die Ernennung Hitlers zum Gendarm von Hilburghausen hat in Deutschland und darüber hinaus in der ganzen Welt ein einziges Gelächter hervorgerufen. So weit sich die Berliner Morgenpresse mit der Sache heute befaßt, stellt sie zugleich fest, daß der Versuch, die Staatsbürgerschaft für Hitler zu erschleichen, eine große Schandtat und ein plummes Manöver ist.

Der „Vorwärts“ schreibt:

„Der Dof als Gendarmeriekommissar.“

Wie sagen nichts gegen das ehrenwerte Amt eines Gendarmeriekommissars, aber die Gratze liegt in der gepreßten Plauerkeit des Herrschers vom Braunen Haus, der sich plötzlich in dem wehrlosen Städtchen Hilburghausen auf ein kleines Büßchen niedersäß, als wolle er nun wirklich 7 Gendarmen und 3 Landjäger kommandieren. Allerdings — er wollte gar nicht. Der Oberregierungsrat mußte gleich ein von Hitler zu unterschreibendes Diktat anfertigen, wonach dieser auf Dienstantritt und Befolgung zu verzichten erklärte. Aber hier ist Fried zu schau gewesen, denn diese Verzichtserklärung auf Gehalt und Dienstantritt zeigt, daß es sich nicht um eine ernsthafte Ernennung, sondern um einen Scheinakt gehandelt hat. Zustandbegonnen ist nur der Fall eines schweren Ansehens durch Fried. Er hat keine nennenswerten Tugenden geküßt. Er hat ernstlich versprochen, was er getan hat. Es besteht aller Anlaß, dem Vorgang Staats- und kriminalrechtlich als das genaue nachzugehen. Hitler aber selbst, wenn in Deutschland Bürgerrechtliche wäre, wäre er heute tot, gefoltert auf dem Höhepunkt seiner Laufbahn und in der Geschichte eingegangen als des falschen Hauptmanns Köpenick Nachfolger, als der falsche Gendarmeriekommissar von Hilburghausen.

Die „Wolffische Zeitung“ sagt: „Die Schiebung in Weimar diente nur dem Zweck, die Staatsangehörigkeit für Hitler vorzüglich zu haben, damit er sie in dem Augenblick verwenden konnte, wo er sie politisch brauchen zu können glaubte. Das deutsche Reich kennt die Einbürgerung durch die Ernennung zum Beamten. Hier hat kein deutscher Einfließlaß das Einbürgerungsrecht. Das glauben die Nationalsozialisten ausnahmslos zu wissen. Sie haben sich geirrt. Sie haben übersehen, daß es eine Reichsaufficht gibt. Politisch tritt wiederum

die bodenlose Inanspruchnahme der Nationalsozialisten ins helle Licht. Fried hat in Weimar die beamtenrechtlichen Vorschriften nicht minder mißachtet als zu der Zeit, da er in der Münchener Polizeidirektion die Putschisten und Hochverräter unter-

Widerpruchsmöglichkeit auszuschalten, einen Ausländer, hat ihn einbürgernd, zwecks Verleihung der Staatsangehörigkeit der Form nach zum Beamten ernennen, ohne seine Dienstunfähigkeit im Anspruch zu nehmen, so würde die Ernennung als nicht ernstlich gemeint un-

wirksam sein.“ Man kann danach annehmen, daß man nicht nur im Reichsministerium des Innern auf dem Standpunkt steht, daß Hitler durch diese Schiebung mit nichten das deutsche Staatsbürgerrecht erworben hat, sondern auch, daß jeder Versuch einer Feststellungslage für Herrn Fried negativ verlaufen würde.

Herr Wilhelm Fried, der Held von Birmensfeld, hat Herrn Hitler mit dieser Ernennung einen Bändendienst erwiesen. Der Gendarmeriekommissar Adolf Hitler von Hilburghausen wird weder Herrn Hitler noch Herrn Fried Freude machen. Herr Fried aber hat Gemeinen, von welchem Schicksal er ist. Herr Fried hat in den wilden Zeiten in Bayern, als die Anstalten illegale Handlungen duldeten und begünstigten, als

Mörder mit falschen Pässen ausgerückt wurden, ebenfalls seine Hände im Spiele gehabt. Er war der Vorsteher der Abteilung, die dem berüchtigten Leutnant Schweighart, der sich niemals von dem Verdacht des Mordes an dem Sozialdemokraten Garais wird reinigen können, falsche Pässe zur Flucht ausstellte. Herr Wilhelm Fried war aktiv beteiligt am Hitler-Putsch von 1923. Herr Wilhelm Fried ist vor Kurzem, ohne das der bayerische Ministerpräsident Dr. Held davon gemußt hat, wieder in den bayerischen Staatsdienst aufgenommen worden. Es erhebt sich die Frage: Ist Herr Fried auf ähnlichem Wege wieder bayerischer Staatsbeamter geworden wie Herr Adolf Hitler Gendarmeriekommissar von Hilburghausen geworden ist, und wird die bayerische Staatsregierung die Notwendigkeit erkennen, sich von diesem Beamten auf dem Wege eines Disziplinarverfahrens schleunigst zu befreien?

Hitlers Staatsbürgerschaft ist erschlichen und deshalb unwirksam. Der Urheber dieser Schiebung ist schnellstens zur Verantwortung zu ziehen!

Das „Berliner Tageblatt“ stellt fest: „Es ist geradezu erstaunlich,

mit welcher Plumpheit und Dummheit

das ganze Manöver vollführt worden ist. Das einzige, was gelang, war die Geheimhaltung der Schiebung vor verhältnismäßig lange Zeit. Aber es steht fest, daß Hitler durch das üble Scheingelächter nicht Reichsbürger geworden ist. Das Dementi, mit dem er jetzt die ganze Angelegenheit zu entziehen versucht, beweist nur, wie unangenehm ihm die Enthüllung ist und wie sehr er sich darüber im Klaren ist, daß ihm die Affäre auch bei seinen Anhängern schaden muß. An dem Tatbestand selbst vermag Hitlers Dementi nichts zu ändern. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich die Vorgänge so abgepielt haben, wie sie die beiden Beamten geschildert haben. Daß Hitler von alle dem nichts gemußt hätte, ist völlig unglaubhaft und die Tatsache, daß zwischen dem Besuch des ersten Beamten bei Fried und dem des zweiten Beamten mehrere Tage verstrichen sind, beweist zur Genüge, daß Fried nicht etwa, wie Hitler behauptet, die eingeleiteten Schritte unverzüglich abgebrochen hat.“

Die „Germania“ spricht von einer

„Komödie um Hitler“.

Die später noch einmal den Weg zur Bühne finden werde: „Die Liebererfahrung darüber, daß Hitler, der mit den „Parteibuchbeamten“ nach Ausbruch des dritten Reiches ganz kurzen Prozeß machen will, nun plötzlich der fonderbarste aller Parteibuchbeamten geworden ist, ist eben so groß wie die Verminderung über die fähige staatsrechtliche Prozedur des Parteibuchbeamten.“

Der Rechtspreffe ist das Scheingelächter und die Schiebung außerordentlich unangenehm. Sie gibt deshalb lediglich von der Tatsache Kenntnis, ohne sich im einzelnen mit ihr zu befassen.

Hitler selbst leugnet,

über den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit in Thüringen etwas gemußt zu haben. Als er jedoch von dem Versuch, der f. Zt. ohne kein Wissen erfolgt ist, erfahren habe, habe er Fried gebeten, von seinen Bemühungen Abstand zu nehmen, da er nicht auf dem genannten Wege die deutsche Staatsangehörigkeit zu erwerben wünschte. Daher habe auch Fried die damals eingeleiteten Schritte in Thüringen unverzüglich abgebrochen. Das kann man jetzt, nachdem das plumpe Manöver und die Schiebung aus Tageslicht gekommen sind, leicht erklären. Aber welcher Geiz wird Herrn Hitler in diesem Falle glauben?

Unklarheit oder Unklarheit wird in unserer Gemüts aufkommen

schlechte oder schlechte werden aus dem Zusammenhang

Wird bei einem anderen Direktor verführte Christenheit

an den ersten Schöpfungstagen nach dem napolionischen



Zur Reichspräsidentenwahl.

Die Wahlvorbereitungen.

Amlich wird mitgeteilt. Der Reichsminister des Innern hat sich telegraphisch an die Landesverwaltungen gemeldet und ihnen mitgeteilt, daß mit der Aufstellung der Reichspräsidentenwahl in nächster Zeit bestimmt zu rechnen sei. Wahlvorschläge bedürfen der Genehmigung der Gemeindeglieder, daß die Unterzeichner stimmberechtigt sind. Diese Bestimmungen auf den Unterfertigten können jetzt ausgestellt werden. Der Reichsminister hat die Landesregierungen zugleich gebeten, die Gemeinden anzuweisen, Erfolge um Ausstellung derartiger Bescheinigungen mit tünlichster Beschleunigung zu entsprechen.

105 300 Einwohnern am ersten Tag für Hindenburg.

Die Aufzählung des Hindenburg-Auslaufes, sich in den Verlagen der Zeitungen für die Wiederwahl des Reichspräsidenten von Hindenburg einzusetzen, sind am Mittwoch im Reich 105 300 Personen gefaßt, davon in Berlin 28 400. Die Siffern sind das Einzugsverzeichnis bei 72 Zeitungen von 191 Zeitungen, die Siffern zur Einzählung ausgesetzt haben.

Die Tages.

München, 3. Febr. (Eg. Draht). Die angeführte Füh-
rterung der Tages, die zu der Reichspräsidentenwahl
Stellung nehmen sollte, hat am Mittwoch im Brauns Haus statt-
gefunden. Ueber den Verlauf der Sitzung wurde ein Kommuniqué
ausgegeben, in dem weiter nichts enthalten ist, als der Satz: „Das
einmütige Verwünschen der absoluten Jovierheit hat Ausdruck in
der Feststellung, daß die nationalsozialistische Bewegung zum Ein-
tritt in den Wahlkampf vollgerüstet besteht, daß sie nur die Parole
ihres Führers abwartet.“

Die Fürsten-Tribute.

Wie wird man die Pflichten los?

In der Mittwoch-Sitzung des Reichsausschusses des Reichs-
tages wurde die Beratung des sozialdemokratischen
Gesetzesentwurfes über die Fürstenabfindung
fortgesetzt.

Die Regierung ließ in Ergänzung ihrer Mitteilungen vom Vor-
tage über die Forderungen der Fürsten an die ehemaligen Fürsten-
häuser mitteilen, daß Sollen, trotz seiner Einmündung, als 1928 ins-
gesamt 20 Jahre lang jährlich 500 000 Mark an das frühere her-
zogliche Haus zahlen muß, obwohl inzwischen bereits eine ein-
malige Summe von einer Million gezahlt worden ist.

Abg. Marum stellte im Verlauf der Debatte zu dem sozial-
demokratischen Antrag einen Zusatzantrag, nach dem die durch die
Neuregelung der Renten für die Fürsten freizumachenden Mittel für
eine bessere Versorgung der Kriegsbeschädigten benutzt werden sol-
ten. Marum wandte sich außerdem gegen die dem Vell der Beren-
ten Marum mandie folgende Ausweisung des Einzahlungs-
betrags, wie sie durch das Reichsgesetz wiederholt erfolgt ist.

Der Ausschuss verlegte dann die Beratungen auf Freitag, den
12. Februar. Als dahin soll die Reichsregierung eine Stellung-
nahme der Landesregierungen zu der Frage einer Ermäßigung im
Sinne des sozialdemokratischen Antrages herbeiführen.

Begünstiger eines Mörders.

Straflosigkeit des Braunschweiger Klagesbanners gegen den
Nazimanager Klages.

Braunschweig, 3. Febr. (Eg. Draht). Vom Reichsbanner,
Gau Braunschweig, wird am Donnerstag gegen den Nazim-
anager Klages Anzeige wegen Begünstigung er-
teilt werden, weil er am 28. Januar in einer amtlichen Darstel-
lung, zu deren Veröffentlichung er den sozialdemokratischen „Volks-
freund“ aufgrund der Notverordnung zwang, behauptet hat, es sei
trotz seiner Weisung erwiesen, daß der künftige Schuß auf den
Reichsbannermann Meier von einem Nationalsozialisten abge-
geben wäre. Meier sei vielmehr „von eigenen Gefinnungsgenossen
getötet“ worden.

Demgegenüber führt die Anzeige aus, daß dem Beschuldigten
bei der Bekanntgabe der amtlichen Darstellung die entgegenge-
setzten Ermittlungen der Polizei bekannt gewesen sein mußten. Klages
sollte wissen müssen, daß seine Behauptungen objektiv unrichtig
sind. Schon nach den bis zum 28. Januar vorliegenden
amtlichen Ermittlungen habe festzustehen, daß als Mörder
Meiers nur ein Nationalsozialist in Frage kommen konnte. Die
amtliche Erklärung des Ministers stelle daher einen völlig unge-
wöhnlichen und sachlich durch nichts berechtigten Eingriff in ein
schwebendes Verfahren dar. Klages ließe in dringendem Ver-
dacht, sich einer Begünstigung schuldig gemacht zu haben. Außer-
dem habe er durch seine unrichtigen Behauptungen versucht, den
Zustand der Notverordnung zu verwickeln, abgesehen, um den
Täter, einen Parteimitglied der Beschuldigten, der Bestrafung zu ent-
ziehen. Eine solche Werbung sei aus objektiv geeigneter, einer Straf-
verteilung herbeizuführen. Die unterstehenden Beamten seien
beeinflusst, das an der Aufklärung mitarbeitende Publikum sei
durch eine falsche amtliche Darstellung irritiert worden. Was allen
diesem Gründen eine Strafverfolgung wegen Begünstigung und
wegen Strafvereitelung gegeben.

Ihnen kann keiner!

Den Herren Kapitalverleibern.

Die Notverordnung über die Reichsfluchtsteuer ist in
Kraft, nun soll es den Kapitalverleibern an den Krügen gehen,
die in Westfalen, in der Schweiz und in Holland sitzen. Man
wird ihre Namen und den Steuerfiskus im Reichsanzeiger
lesen, sie werden vor der ganzen Weltöffentlichkeit an den Pranger
gestellt sein!

Haben Sie schon auch nur einen Namen von einem Steuer-
flüchtigen gehört, der so öffentlich der Berachtung preisgegeben
worden wäre? Wir haben noch keinen gehört, denn wenn jemand
viel Geld hat und sich damit dem Zugriff deutscher Notverordnun-
gen entziehen will, so macht er es ganz anders als es sich der
Sache vorstellt, er von Finanztransaktionen seine Abnung hat.

Wir haben also noch keinen Steuerflüchtigen gesehen, dafür aber
eine Meldung, die von rheinischer Großindustrieller
eine schockierende Mitteilung auf dem Wort „Hamburg in Zu-
gang aus dem Maßstab der Krügen Friedrich Seppold von Braun-
schweig gefaßt habe. Wir haben auch gesehen, daß es sich bei die-
sem rheinischen Großindustriellen um ein Mitglied der fami-
lie Thyssen handelt, allerdings nicht um Herrn Fritz Thyssen,
das neueste Mitglied der RSDAP, sondern um den Baron
Heinrich von Thyssen. Der Herr Baron hat immerzeit die
höchstmögliche Staatsangehörigkeit erworben, ihm kann also kei-
ner! Der Herr Baron Heinrich von Thyssen ist fast ausschließlich
an Thyssen'schen Familienangelegenheiten beteiligt. Fritz Thyssen ist
den Nationalen, Heinrich aber ist in Verbindungen ganz international!
Da kann man nichts machen? Nein, da kann man wirklich
nichts machen. Ihnen kann eben nichts geschehen. Nur eins läßt
sich dagegen tun: man muß nationalen Schwärzern, den Thyssen
& Co., die Maste vom Gesicht reißen!

Wahlrechtskämpfe in Frankreich.

Große Tumulte in der französischen Kammer.

Paris, 3. Februar. (Eg. Draht).

In der Kammer wurde am Mittwochmorgens die Generals-
debatte über den Wahlreformvorschlag des Abg.
Randel fortgesetzt. Zu Beginn der Kammerführung kam es wäh-
rend einer Rede des sozialistischen Abgeordneten Sigte-Quen-
in zu einem

aufregenden Zwischenfall.

Der Redner erklärte, wenn den zweiten Wahlgang abschaffen
wolle, dann solle man doch ganze Arbeit machen und auch den
ersten Wahlgang beseitigen. In diesem Sinne habe er einen Ge-
genentwurf eingebracht, der die Ernennung der Abgeordneten
durch den Innenminister nach Anhörung einer Kommission vor-
sehe, in der nur Vertreter der Rechtsparteien sitzen. Die Aus-
wahl der Kommissionsmitglieder müsse öffentlich auf Schmelz-
arbeiten, aber er sei der Meinung, daß ihr unbedingt die beiden Abg.
Le Guen und Barbot angehören müßten. Die beiden Abg.
seien dadurch berichtigt, daß sie oft in nicht nützlichem
Zustand in der Kammer erschienen.

Barbot, der während dieser Ausführungen gerade den
Sitzungslokal betrat, geriet über die Ausführungen von Sigte-
in in Wut, daß er zur Tribüne stürzte und den Redner am Kragen
packen wollte. Einige Soldaten konnten dies im letzten Augen-
blick verhindern. Barbot ergriff darauf den Stuhl eines neben
ihm sitzenden Abgeordneten und schlug damit über den Senat-
präsidenten hinweg auf die Rednertribüne, was einen ungeheuren
Tumult auslöste. Schließlich wurde Barbot von einigen Abgeord-
neten auf seinen Platz dirigiert. Als ihm jetzt der Sozialist Re-
naudet zurief, er solle

leber in den Ausfall gehen.

ergriff Barbot die auf seinem Tisch stehenden Kästen mit den
Stimmzetteln und wollte sie Renaudet an den Kopf schleudern.
Ein neben ihm stehender Abgeordnete verhinderte jedoch den
Wurf. Darauf beruhigte sich Barbot und Sigte-Quenin konnte
seine Rede beenden.

Gute Charakterisierung.

Ein Zentrumsmann über die Nazis.

Stuttgart, 3. Februar. (Eg. Draht). Der württembergische
Staatspräsident Holz hat in einer Rede, die er in Baubheim
hielt, sich erneut mit den Nationalsozialisten ausein-
andergesetzt. Seine Kritik an ihnen ließ an Schärfe nichts zu min-
schen übrig. Ihre Häuser bezeichnete er als einen „aufwärts-
gehenden Hausen von Spießbürgern“. Manche,
so sagte er, wochsen aus Bergweitung zu ihnen hinüber, andere
aus Angst und wieder andere, um dabei zu sein, wenn die
Posten verteilt werden. „Wer das Maul am weitesten aufreißt,
habe den größten Erfolg; denn die Dummen sind immer noch
zahlreicher, als die Gelehrten.“ Den größten Teil der National-
sozialisten bilden nach seiner Meinung „unpolierte Angewandte
oder Streber“. Ein solcher „aufwärtsgehender Haus“ sei in-
nerlich nicht verbunden, und daß dies die Schwäche ihrer Partei
ist, das müßten die nationalsozialistischen Führer selbst. „Dem
Zentrum ist“ — so sagt Holz — „die Aufgabe gestellt, den national-
sozialistischen Sieg zu verhindern.“

Ferne gegen die Wahrheit.

Ein Nationalsozialist in Fürstentum warnte seinen
politisch anders gesinnten Freund, der von Nationalsozialisten
überfallen und verprügelt werden sollte. Der Gemeine sei troh-
dem in die Hände der Romsch des Dritten Reichs; es kam zu
einem Strafverfahren gegen die Angreifer, die zu Gefängnis-
strafen verurteilt wurden. Der Warner wurde in der Verhandlung
unter Eid befragt, ob er vorher gewarnt habe. Im Ju-
dizialraum des Gerichts warteten seine Angehörigen, was er aus-
sagen würde. Aus Angst vor dem Terror schwor er einen
Falschheit. Später packte ihn die Ratur, er teilte dem Gericht
mit, daß er falsch ausgesagt habe und wurde nun zu 4½ Mona-
ten Gefängnis mit Bewährungsfrist verurteilt.

Der Fall zeigt deutlich, was von beschworenen nationalsozial-
istischen Zeugnissen in den Prozessen zu halten ist, bei denen
Nationalsozialisten unter der Anlage des Lebensfalls auf der An-
klagebank sitzen. Angewandte des Terrors in der
RSDAP ist der Wert solcher Aussagen gleich Null.

In der Partei des Herrn Hitler gibt es nicht nur eine Ferne
gegen politisch Andersgesinnte, sondern auch eine Ferne gegen die
Wahrheit!

Der Krieg im Osten.

Amerikanische Note an Japan.

Washington, 4. Febr. (Eg.). Die amerikanische Regierung hat
gegen das Eindringen japanischer Soldaten in die amerikanische
Zone in Schanghai eine scharfe Protestnote in Tokio überrei-
chen lassen und eine sofortige Einstellung der japanischen Feuer-
kraft gefordert. Die amerikanische Regierung beschließt, daß
durch die Handlungsmacht Spaniens in Schanghai die Gefahr von
Zusammenstößen zwischen amerikanischen und japanischen Patrouillen
gegeben ist.

Frauen und Kinder in Sicherheit gebracht.

Newport, 4. Febr. (Eg. Draht). Die in Ranking leben-
den amerikanischen Frauen und Kinder wurden am
Mittwoch aus der Stadt entfernt. Die Entfernung erfolgte auf
Anordnung der amerikanischen Regierung.

Japanischer Festkörper in Grund geschossen.

Aus Schanghai wird gemeldet, daß am Mittwoch ein japa-
nischer Festkörper durch einen chinesischen Volkstreff in Brand ge-
schossen und gesunken ist. Die Chinesen sollen bei den gefährlichen
Kämpfen um das Wusung-Fort 30 Mann verloren haben.

Gharbin von den Japanern befeh.

Tokio, 4. Febr. (Eg.). Japanische Truppen haben in Ghar-
bin sämtliche Regierungsgebäude und die Munition besetzt. Die
Lage in der Stadt ist außerordentlich gespannt.

Zusammenstoß südlich Gharbin.

Tokio, 4. Febr. 50. südlich von Gharbin wurden die japani-
schen Truppen von den Resten der chinesischen Armee unter Führung
des Generals Tinghsien angegriffen. Die Chinesen wurden
wichtig geschlagen und entmachtet.

Die SPD. in Hannover ist pleite.

Sie hat ihr Parteihaus
schließen und den Bankrott erklären müssen. Gegen die Verant-
wortlichen ist Haftbefehl zur Stellung des Offenbarungseides an-
geordnet worden. Daselbst ist der Fall bei dem Gaufrüher der
Hilfsgeldung.

Die Debatte wird in einer um 10 Uhr beginnenden Nachsitzung
fortgesetzt.

Eine unruhige Nachsitzung.

Paris, 4. Febr. (Eg.). Die Nachsitzung der Kammer über die
Wahlreform, die bis 3 Uhr morgens dauerte, war wieder der
Schwung heftiger Tumulten.

Der Sozialist Renaudet leitete die Sitzung mit einer Rede
ein, in der die wahren Absichten der Regierungsmehrheit mit der
Wahlreform aufdeckte. Die Rechte verurteilte, so erklärte er, das
allgemeine Wahlrecht zu fassen, da sie es nicht ganz abschaffen
könne.

Die Furcht vor einem Erfolg der Linksparteien

sei der eigentliche Grund für die Einbringung dieser Wahlreform-
vorlage. Diese Worte riefen auf der Rechten einen Sturm der
Entrüstung hervor, während die Linke lebhaft Beifall klatschte.
In diesem Augenblick lehnten sich einige sozialistische Abgeordnete,
die keinen Platz auf ihren Bänken finden konnten, auf die oberen
Bänke der äußersten Rechten und klatschten Renaudet von hart
Beifall. Zahlreiche Abgeordnete der Mehrheit protestierten dage-
gen energisch. Ein sozialistischer Abgeordneter setzte sich auf
einen Platz der äußersten Linken, von großem Beifall der So-
zialisten begrüßt. Die Kommunisten stimmten die Internatio-
nationale an, worauf die Rechte mit der Marschallaise
antwortete. Da die Verleser des Präsidenten, die Ruhe wieder
heraufzulen, beschloß, mußte die Sitzung unterbrochen werden.

In der neuen Sitzung bekämpfte der Abgeordnete François
Xavier die Vorlage. Er griff dabei die Regierung an, daß sie sich
mit der Rechten solidarisch erklärt habe. Zur Rechten gewandt
schloß der Redner mit den Worten: „Sie haben nicht das Recht,
die republikanischen Einrichtungen für ihre Rettung zu opfern.
Das Sie nun einmal verurteilt sind, meine Herren, sterben Sie
wenigstens in Schönheit und bewahren Sie eine gewisse Haltung
(Ungeheurer Beifall auf der Linken).“

Seite vormittag geben die Beratungen weiter.

Brünnings Reize nach Genf.

Berlin, 4. Febr. Wie von unterrichteter Seite verlautet, ist in
den bisherigen Dispositionen über die für Sonntag vorgesehene
Brünnings Reize nach Genf bisher keine Verände-
rung eingetreten, jedoch sei es möglich, daß sich das Eintreffen des
Reichsanwalters in Genf um einige Tage verschieben könne. Das
Hänge von der Entwidlung in Genf selbst ab. Die Dispositionen
des Reichsanwalters würden jedoch von dem Zeitpunkt des Erfchei-
nens Macdonalds und Daniels in Genf unabhängig sein.

Stadtverordnetenireit in Brandenburg.

Brandenburg, 3. Febr. (Eg. Draht). Die bürgerlichen
Abgeordneten des hiesigen Stadtparlaments haben aus Pro-
test gegen die von der sozialdemokratischen Fraktion des Stadtpar-
laments vorgeschlagene Kandidatur des sozialdemokratischen Stadt-
rats Glöcher für die Oberbürgermeisterwahl ihre Mandate
niedergelegt. Glöcher besitze — trotzdem er seit Jahren
Stadtrat ist — keinerlei Fachbildung und sei deshalb als Oberbür-
germeister unzulänglich. Die Arbeitslosigkeit des Stadtpar-
laments ist demnach gegeben, da die Sozialdemokratie in ihm die
Mehrheit besitzt.

Der „Hörsing-Beschauer“ bleibt verboten. Der vierte Straf-
satz des Reichsgerichts hat die Beschwerde des Berlags des Mün-
chener Nachrichten gegen das am 30. Januar erlassene schädliche
Verbot verurteilt und die Maßnahme der Münchener Polizeidi-
rektoren bestätigt.

Antonfall Adenauers und Silberbergs. Am Mittwochmorgens
wurde das Diensthaus des Oberbürgermeisters von Köln,
Adenauer, auf der Rückfahrt von der Sitzung des Provinzial-
ausschusses in Düsseldorf von einem anderen Wagen angefahren.
Bei dem sehr starken Zusammenstoß erlitt der im Wagen des
Bürgermeisters sitzende Generaldirektor Dr. Silberberg am Kopf
Verletzungen und eine stark blutende Wundwunde. Der Oberbür-
germeister und sein Chauffeur blieben unverletzt.

Penionen für Puffschiff. In dem Prozeß, den der Kapitän
Ehhardt seit mehreren Jahren wegen seiner Penion gegen das
Reichswehrministerium führt, hat jetzt das Kammergericht erneut
ein Urteil zugunsten des Puffschiffen erlassen. Die Republik muß
zahlen.

Aus der Partei

Zotenliste der Partei. In der Nacht zum Mittwoch ist in
Hamburg bei Darmstadt der frühere sozialdemokratische hiesige
Minister für Arbeit und Wirtschaft im Kabinett Ulrich, Georg
Raab im Alter von 62 Jahren gestorben.

Aus aller Welt

1000 Liter Benzin in Flammen. Auf dem Grundstück eines
Gartners in Demmin explodierte durch die Fahrlässigkeit des
Bauernmeisters ein Lager von etwa 1000 Litern Benzin. Der
Bauernmeister hatte bei der Ueberführung der aus dem Benzin-
lager laufenden Kraftwagen eine Stahl-Batterie benutzt, mit der er
einem Benzinfaß zu nahe kam. Es erfolgte eine furchtbare Explosi-
on. Der Bauernmeister stand sofort in hellen Flammen. Es
gelang ihm noch, das Feuer zu gewinnen, um es brennungslos zu
kammern. Mit schweren Brandwunden wurde er ins Demmin-
narkenhospital gebracht, wo er hoffnungslos darniederliegt.
Durch die schwere Explosion waren auch die in der Scheune lagen-
den Futtervorräte in Brand geraten. Die Scheune brannte bis
auf die Grundmauern nieder. Zwei Kühe, drei Schweine und
vier Pferde kamen in den Flammen um.

Erfolgreiche Augenoperationen. Macdonalds. Mittwochabend un-
terzog sich Macdonald der geplanten Augenoperation. Diese wurde
erfolgreich durchgeführt. Reichsanwalters Brünning hat Macdonald
in einem Telegramm vollen Erfolg der Operation gemeldet.

Mord auf dem Lumpenplatz. Auf einem Lumpenplatz in
Berlin N. wurde der 27jährige Produktenhändler Willi Rinas
überfallen und durch Beilbeide tödlich verletzt. Polizeibeamte fan-
den bei ihren Nachforschungen in der Wohnung des Ermöglichten
auch die Frau des Getöteten und seinen 20jährigen Stiefsohn mit
schweren Brandwunden vor. Es scheint sich bei der Tat um einen
Rachmord zu handeln. 7 Personen, die als Täter direkt oder indirekt
in Frage kommen, wurden verhaftet.

Schuf für Geldbesitzer. In den Städten Österreichs sollen
die Geldbesitzer mit Schatzkarten, auf dem Bande mit Revolvern
ausgerüstet werden. Wiederholte Überfälle auf Geldbesitzer
sind die Veranlassung zu dieser Maßnahme.

Zur Rückfrage der Eisernen Front.

Die Rückfrage zur Munitionsfabrikation für die Eisernen Front, die am Sonntag in Berlin eröffnet worden ist, wird anlässlich im ganzen Reich durchgeführt. Der Gedanke, mit der Einziehung in das Eisernen Buch Opferinn und Betenennut zu beweisen, ist aus der Zeitlichkeit dieser Wochen geboren worden. Viele republikanisch gesinnte Staatsbürger legen sich durch die Eintragung der Gefahr wirtschaftlichen Zerrers aus. Wer diesen Zerrus auf Franz Br. 624 bei der Arbeiterbank, Depotstraße 3, Lindenstraße, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, Postfachkonto Nr. 141 828, einbringt. Dieses Konto ist für Einzelbeiträge aus dem ganzen Reich eingerichtet worden.

Hitler macht Schule.

„Zar“ April mit Nazi.

In Frankreich ist der „Zar“ April, der Präsidenten auf den russischen Thron, der „Hauptling der Weißgardisten“ Seine Tätigkeit besteht darin, daß er zum russischen Reichstag Proklamationen an das russische Volk versetzt. Noch vor nicht allzu langer Zeit waren diese Proklamationen so, wie man es von einem Weißgardistenhaupteil erwarten müßte: Wiedererrichtung der Zarenherrschaft, blutiger weißgardistischer Schrecken, Aufsteig zu den finsternen Zeiten des Zarismus noch vor der Einführung der Bolschewiki.

Der Präsidenten April hat inzwischen gelernt. Er ist bei den Nationalsozialisten in die Schule gegangen und siehe da, auch Herr April, der sich Majestät und Zar nennt, hat plötzlich entdeckt, daß er Sozialist ist. Ganz nach dem Muster der Nationalsozialisten hat er an diesem Neujahrstag eine Proklamtion an das russische Volk erlassen, die im Braunen Haus in München redigiert worden sein könnte. Der „Sozialist“ April entdeckt, daß in Russland neue, und zwar soziale Wege gegangen werden müssen, daß aufgebaut werden müßte und daß jeder Erfolg in der Zukunftarbeit ein Sieg des russischen Volkes sei, daß Russland unter dem Marxismus leide und daß es durch den Nationalsozialismus errettet werden müsse. Der Kapitalismus sei ein Stück der Menschheit, er habe die Bolschewiken verflucht, der Menschheit müsse eine neue Organisation und die wahre Freiheit gegeben werden.

Von Sozialismus redet er, die Wiedererrichtung des zaristischen Absolutismus der schrankenlosen Herrschaft der Grundbesitzer, die Wiedereinführung der Leibeigenschaft meint er! Die soziale Wüste des weißgardistischen Hauptlings ist ebenso viel wert wie die soziale Fährtenologie der deutschen Nationalsozialisten! Der Faschismus, der Weißgardismus, die finsternen politische und soziale Reaktionen nimmt sich in internationalen Maßstab eine soziale Wüste vor, um ihre konterrevolutionären Absichten zu verdecken.

Nazis im Puff.

Aber die „Marxisten“ haben Schuld.

Ahn, 2. Februar. (Eig. Bericht). In großer Aufmachung berichtet das Kölner Nazi-Blatt am Montag von einem Ueberfall auf S. S. Leute, die marxistischen Würdenträger zum Puff gelassen hätten. An der Nacht zum Montag seien fünf Nationalsozialisten, als sie aus einem Restaurant in der Altstadt herausgekommen seien, von einer großen Lebermacht überfallen und furchterlich zugerichtet worden. Ein S. S.-Mann habe einen furchterlichen Schlag mit einer Eisenplatte auf den Kopf erhalten, daß er einen schweren Schädelbruch davongetragen habe. Außerdem habe er mehrere Stiche in die Hand erhalten. Ein anderer S. S.-Mann sei mit einem französischen Bajonett mit solcher Wucht in den Leib gestoßen worden, daß die Spitze des Wundinjektors auf der Brust wieder herausgetreten sei. Ein anderer Nazi sei durch Stiche leicht verletzt worden.

Wie die Kölner Polizei dazu erklärt, ist das „Restaurant in der Altstadt“ ein Bordell. Die Nazis, darunter ein Chauffeur des Nazi-Blattes, haben hier eine dicke Zechen gemacht und die Menge gebührt. Als sie nicht bezahlen, haben die Zuhälter der Damen den Anhängern des „Dritten Reiches“ handgreiflich klar gemacht, daß es Zechen und Zechen in einem Bordell auch für Nazis nicht kostenlos gibt. Sie haben die Nazis mit Bierflaschen und Messern bedrängt. Der Ueberfall ist also eine S. S.- und Bordellangelegenheit mit nachfolgender Schlägerei. Demnach macht die Nazipresse daraus einen Ueberfall durch Nazis.

Ein „Attentat“.

In der vorigen Woche berichtete das Kölner Nazi-Blatt in „Friedrich“ von einem „politischen Attentat“ auf den „Prinzen Schamberg“ in Bonn. Ermittlungen haben ergeben, daß sich der Bordell schon im Oktober oder November vorigen Jahres auf einer Landstraße zugetragen hat. Erst mehrere Monate später hat der Prinz den Vorfall der Polizei in Siegburg mitgeteilt. Es handelt sich bei dem „Attentat“ um einen Steinwurf eines 12-jährigen Jungen, den dieser aus purem Lebermut ausgeführt hat, ohne zu wissen, wen er damit zum „Selben des Attentats“ machte. Da auch dieses Mädchen die Kunde durch die Nazipresse antreten wird, wollen wir es hiermit gleich in das richtige Licht stellen.

Tod des Dichters-Schöpfung. An Maqura (Majier) ist im Alter von 80 Jahren der berühmte mohammedanische Dichter-Schöpfung Benuqubda El Habi Belarabi gestorben. Als der letzte „Minne-länger“, der sich noch um die Pflege des mittelalterlichen Geistes in der maurischen Dichtung bemühte, stand der Verstorbenen bei dem Mahomedanern Vorläufer in hohem Ansehen. Er beherrschte insbesondere die Kunst der Sonettensätze. Viele seiner Gedichte verarbeiteten die Taten der Eingeborenen im Kampf gegen die Franzosen. Die großen Epen aus dem 17. Jahrhundert registrierte er auswendig.

Der Hauptmann im Führerbüro. Unter einer Lebenszeitsangabe in „Würgbürger Generalangelegenheiten“ lesen wir die Untertitel von zwei Beiräten: Anton Freyher von Maudensheim, Hauptmann im Führerbüro, zuerst im Auslande, Theodor Freyher von Maudensheim, Oberleutnant zur See. Der Titel „Hauptmann im Führerbüro“ ist umso unbekannt, als es kein Hitler's Führerbüro gibt. Der Bruder dieses Hauptmanns im Führerbüro aber dient in der Reichsmarine!

Tafelbergfest: Suchthaus. Vom Schöffengericht in Darmstadt wurde der mehrfach vorbestrafte J. Rahner aus Bieberich wegen schuldiger Zucht im Suchthaus verurteilt. Der Richter, der Mitglied einer großen Diebesbande war, die durch Viehdiebstahl das rheinmündliche Gebiet verheerete, wurde deshalb vor einigen Monaten vom Frankfurter Gericht abgesetzt, wurde, hatte im vorigen Jahr mit seinem Kastrationsrecht die Beihilgen einer Schreinerlehre überlassen und getötet. Man fand die Leiche zwischen Kiefer und Koffrigkeit eingeklemmt.

Erdbebenkatastrophe in Cuba.

500 Häuser in Santiago zerstört. — Hunderte von Opfern. — Erschwerte Rettungsarbeiten. — Schreckensszenen und Panik.

Newport, 3. 2. (Eig. Bericht). Die kubanische Provinzhauptstadt Santiago de Cuba wurde von einer furchtbaren Erdbebenkatastrophe heimgesucht. Etwa 500 Häuser sind zum mangelhaftig v. vollkommen zerstört. Die Zahl der Toten beläuft sich auf etwa 1500. In verschiedenen Teilen der Stadt brachen Großfeuer aus. Auch die berühmte Kathedrale von Santiago, das Wahrzeichen der Erzbischofsstadt, ist eingestürzt und ein Raub der Flammen geworden. Die kubanische Regierung entsandte Militär u. Hilfsmannschaften in das Unglücksgebiet. Außerdem wurden zahlreiche Flugzeuge mit Werkzeugen, Medikamenten und Lebensmitteln zu dem Katastrophengebiet beordert.

Die Hauptstädte wurden in Santiago am Mittwoch morgen um 2 Uhr 41 amerikanisch. Zeit (8 Uhr 41 früh europäisch. Zeit) verheert. Da die Katastrophengebiet durch das Erdbeben fast völlig von der Umwelt abgeschnitten ist und die wenigen in, fast geliebten Rabel von der Stadtverwaltung nur zu den dringenden Notwendigkeiten und zu kleinen Hilfswesen verwendet werden, läßt sich der Umfang der Katastrophe noch nicht genau überblicken. Sämtliche Telefonleitungen sind unterbrochen. Anfolge der Zerstörung der Wasserwerke der Stadt ist die Trinkwassererzeugung unterbrochen; ebenso wurden sämtliche Abflüsse zerstört.

Die tiefe Finsternis, die über der Stadt unmittelbar nach dem Ausbruch d. Katastrophe lagerte, erschwerte die Rettungsarbeiten ungemein und trug zur Verstärkung der allgemeinen Panikstimmung bei.

Die Besatzung und Entschleunigung hatten durch die Luft. In notdürftiger Befriedigung durchnisten taufende von Bergweilern die Straßen, schrien nach ihrer Vermittlung Angehörigen, meinten und beteten. Polizei und Militär versuchten die erste Hilfe zu organisieren und die unter den Trümmern Begrabenen zu bergen. Im unteren Stadtteil eines großen Wohnhauses wurden die Leichen von 14 Personen gefunden. In den schiefen errichteten Verbandsstationen verzögert die Versteigerung Wert bei schiefen Blick von Koffizierern und Soldaten. Die Straßen der Stadt sind teilweise gestört und mit Schutttrümmern, entwurzelten Bäumen und gestürzten Laternenpfählen überflutet und dadurch fast unpassierbar geworden. Im Wälderungen zu vermeiden, wurde der Belagerungszustand verhängt.

Santiago de Cuba ist die Provinzhauptstadt der großen 1200 Kilometer langen Antilleninsel Cuba im westindischen Archipel. Von den 62 000 Einwohnern der Stadt sind 74 Prozent farbige, 26 Prozent farbige. Da an einer großen Stadt an der Südküste der Insel äußerst mangelhaft getragene Stadt ist in einem ausgesprochenen Erdbeben- und Tornadogebiet gelegen. Die meisten Häuser von Santiago, das wegen seines subtropischen Klimas in letzter Zeit von vielen reichlichen Amerikanern als Winterort häufig bevorzugt wurde, sind deshalb meist einstöckig gebaut. Allerdings ließ der durch Spinnwebverbindungen aus Florida stark gefährdete Fremdenverkehr gerade in letzter Zeit auch eine Reihe moderner hochstiefiger Hotels und andere große Bauten entstehen; vermutlich dürften diese Gebäude durch die Katastrophe besonders stark in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Außer dem Fremdenverkehr schafft industrielle Arbeit der Bevölkerung Erwerb.

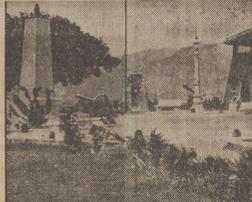
Die verschollenen Afrikanier melden sich.

Paris, 4. Febr. In Colabaona ist ein Fundort der in der Äthiopien Wüste verunglückten französischen Flieger aufgefunden worden. Sie teilen mit, daß sie Wasser tranken. Sie befanden sich etwa 26 Grad 25 Minuten nördlicher Breite. In ihrer Nähe befanden sich zwei Raubbüthen. Auch hätte man Kameldinger gefunden.

Die Tutenhomon-Funde. Der amerikanische Forscher Howard Carter hat seine ägyptischen Tutenhomon-Ausgrabungsarbeiten nach zehnjähriger Tätigkeit beendet. Dieser Tage führt die letzten Tutenhomonfunde im Ägyptischen Museum in Kairo ein.

Blutbad beim Festgelage. Bei einem von einem Newporter Bierknecht veranstalteten Festgelage drangen plötzlich vier Männer in die Wohnung des Gastgebers ein, richteten ein mitgebrachtes Maschinengewehr auf die Anwesenden und eröffneten ein Schmelzfeuer. Drei Personen, darunter eine Frau, wurden getötet; vier erlitten schwere Verletzungen. Die Täter — offenbar Konturrenten des Bierknechtes — entkamen unerkannt in einem Auto, da sich niemand dem Verbrechen entgegenstellen konnte nach dem Tatbestand feststellten.

Teure Kartoffeln. Ein Pariser Adressatier fiel einem alten Gaunertrick zum Opfer. Der Geschäftsinhaber wurde telefonisch von einem Herrn angerufen, der sich namentlich als ein guter Kunde ausgab und um die Gefälligkeit bat, die Rechnung für ein Paket zu begleichen; er habe den Gegenstand, den das Paket enthalte, in der Nähe gekauft und aus Bequemlichkeitsgründen zum Laden des Angerufenen schicken lassen. Zeitlich wurde das Paket nach einigen Minuten abgegeben, und der Geschäftsinhaber bezog die Rechnung in Höhe von 1400 Francs. Als das Paket nicht wieder abgeholt wurde, klappte der Adressatier Verdacht. Er öffnete die Sendung und fand drei sorgfältig in Seidenpapier eingewickelte Kartoffeln.



Oben links: Blick in eine der Geschäftsstraßen von Santiago de Cuba. Oben rechts: Bagelarte Cubas mit der zerstörten Stadt Santiago de Cuba. Unten: Der berühmte San Juan-Tügel in Santiago de Cuba mit den Denkmälern für die im spanisch-amerik. Krieg (1898) gefallenen Soldaten.



Oben links: Blick in eine der Geschäftsstraßen von Santiago de Cuba. Oben rechts: Bagelarte Cubas mit der zerstörten Stadt Santiago de Cuba. Unten: Der berühmte San Juan-Tügel in Santiago de Cuba mit den Denkmälern für die im spanisch-amerik. Krieg (1898) gefallenen Soldaten.

Santiago hat eine große Zahl bedeutender Zigarrenfabriken, Zenglerereien und Kerzenfabriken; auch die Kaffee- und Zuckerplantagen des Landes bringen der handelsfertigen Hauptstadt Arbeit.

Die 30 Sekunden lang währenden Erdbebenstöße wurden auch von den Apparaten mehrerer deutschen Erdbebenstationen aufgezeichnet. Wenn Ansehen nach handelt es sich um ein sogenanntes tektonisches oder Dislokationsbeben, wie es zumeist als Begleiterscheinung von Bränden oder Verfrüchtungen in der Erdkruste auftritt. Die Wissenschaft kennt außerdem noch die gemäßigten und ritisch begrenzten Einsturzbeben, die durch den Einsturz unterirdischer Höhlräume entstehen; ferner die gleichfalls meist engbegrenzten, oft aber in ihrer Auswirkung schrecklichen vulkanischen Beben, die ihre Ursache in Erderstatterungen durch Vulkanausbrüche und Ausbeugungen haben. Der Katastrophen-Ausbruch auf Xana im Jahre 1888, der 40 000 Todesopfer forderte, ist das erschütterteste Beispiel für eine solche vulkanische Erdbebenkatastrophe.

Bei den Erdbeben, durch die Amerika und seine Inselgruppen heimgesucht wurden, hat es sich zumeist um tektonisches Beben gehandelt; bei einer Erdbebenkatastrophe im Jahre 1692 wurde der Hafen von Port Royal auf Jamaica (südlich Cuba) zerstört; 1767 wütete ein Erdbeben in Martinique; bei einem Erdbeben auf Peru (1865) kamen 70 000 Menschen ums Leben; bei dem noch in lebhafter Erinnerung stehenden Erdbeben in San Francisco (1906) wurden 100 000 Menschen getötet und 200 000 obdachlos. Am 31. März 1891 ereignete sich das letzte große amerikanische Erdbeben in Nicaragua; 5000 Menschen kamen damals ums Leben.

Letzte Nachrichten

(Glaube Sun- und Deutschtelch)

Der Zentrumsführer in Preußen gestorben.

Berlin, 4. Februar. (E. F.) Der Vorsitzende der Zentrumsführung des preussischen Landtags Dr. Joseph Heß ist heute vormittag um 6 Uhr im Alter von 82 Jahren im St. Norbert-Krankenhaus in Schönberg gestorben.

Raubüberfall auf eine Sparkasse.

Hamburg, 4. Febr. Am Mittwochnachmittag erschienen in der Sparkasse Wandsbek zwei junge Leute und forderten den anwesenden Sparkassenbeamten unter Bedrohung mit dem Revolver auf, das Geld herauszugeben. Als sich der Beamte weigerte, verließen sie ihn einen Schlag vor den Kopf und entzogen ihm die Brieftasche mit etwa 500 Mark Inhalt. Durch den Schlag erlitt der Ueberfallene eine stark blühende Kopfwunde. Hausbesitzer und Straßenpassanten verfolgten die Täter, konnten sie aber nicht erreichen. Der eine Räuber ließ querschießen und ließ auf seine Begleiter, ohne jedoch zu treffen.

100 Tote in Santiago de Cuba.

Newport, 4. Febr. Nach den letzten aus Santiago de Cuba hier vorliegenden Nachrichten geht hervor, daß man mit 100 Toten rechnet, da viele Personen noch vermisst werden. Bisher sind nur 12 Tote geborgen worden. Unter diesen befinden sich drei Frauen und vier Säuglinge. Die Telefon- und Telegraphenleitungen sind fast vollständig zerstört. Dies ist auch die Ursache für die vielen sich widersprechenden Meldungen.

Amerika verlängert Reichsanleihe.

Newport, 4. Febr. Die Federal Reserve Bank von Newport hat am Mittwoch die Verlängerung des 25-Millionen-Dollar-Anleihe an dem 100 Millionen Reichtumsfonds für die Reichsanleihe bestätigt. Die Verlängerung dürfte für 30 Tage erfolgt sein.



250 000 M. im Jahre 1931 oder 1 250 000 M. Man müsse auch berücksichtigen, daß die Wohlfahrtskosten dauernd steigen und die Steuern zurückgehen. Im laufenden Rechnungsjahr sei ein Fehlbetrag von 400 000 M. festzustellen. Die Arbeiten zum neuen Haushaltsplan seien zwar noch nicht beendet, aber die Zusammenstellung zeige, daß auch hier außer dem alten Fehlbetrag 600 000 M. fehlten, falls die

Stadt einen Fehlbetrag von 1 Million habe. Mittel für die Deduktion weiterer Preisermäßigungen seien also nicht vorhanden. Der Stadtd. Schmidt rechte auch falsch. Die im Frühjahr gemachten Einparungen im letzten Rechnungsjahr seien Wohlfahrtsparungen für die durch die letzten Kürzungen ersparten Summe annehmen. Würde man dem sozialdemokratischen Antrag folgen, so ergebe sich eine Mehrbelastung von 84 200 M. Direktor Haase teilte mit, daß wegen Einführung von Monatsraten noch zum 1. April Ermäßigungen schweben. Er vertrat ferner die Ansicht, daß die Lohn- und Gehaltsparungen reiflos aufgegeben würden durch die Preisermäßigungen. Jedem Einwohner habe es heute auch freilich, sich von dem Gehaltsparat zu helfen, da er die Wahl habe zwischen den verschiedenen Systemen. Das Wert werde jeden Bürger sogar betonen, welches für ihn das günstigere System sei. Die Gehälter müsse belassen werden, da die Zähler nur eine Lebensdauer von 10—15 Jahren hätten und 30 bis 70 M. kosteten.

Die Not der Armen.

Den letzten Abschnitt der Stadtvorstandsvorstellung bilden die kommunikativen Dringlichkeitsanträge.

Zunächst verlangten sie, daß allen Erwerbslosen eine sofortige einmündige Winterhilfe gegeben werde und zwar in Höhe von 20 M für ein Ehepaar und von 10 M für den folgenden, ferner daß bis auf Weiteres pro Woche ein Zentner Breitsens den Erwerbslosen unentgeltlich geliefert werde.

Zu diesem Antrag hatte der Magistrat bereits schriftlich Stellung genommen, indem er ausführt, daß im Wohlfahrtsamt in der allgemeinen Fürsorge 10 000 Ehepaare und 800 Ledige, in der geborenen Fürsorge 333 Ehepaare und 760 Waisenlebens, betreut werden. Dazu kommen 1055 Altpflege- und 1129 Empfänger der Straßenernährung. Wenn also alle diese die beantragte Winterhilfe hätte erhalten sollen, dann hätte dies einen Betrag von insgesamt 90 000 M. ergeben. Die dazu erforderlichen Mittel seien aber im Haushaltsplan des Wohlfahrtsamtes an keiner Stelle mehr zur Verfügung. Sie hätten also nur templat zu werden müssen. Dies wäre aber bei der bekannnten finanziellen Lage der Stadt nicht möglich. Dem Gedanken einer einmaligen Winterhilfe lag bei den Antragstellern wohl die Ansicht zugrunde, den Erwerbslosen ein Weihnachtsgeld zu zahlen zu lassen. In dieser Hinsicht ist auf Anweisung des Magistrats zum Wohlfahrtsamt verurteilt worden, überall da, wo besondere Notlage bestand, die Hilfen auszusprechen und die Not zu lindern. Dies geschah durch Gewährung einmaliger Zuwendungen aus Stiftungsmitteln, durch entgegenkommende Gewährung von Vorpfänden, die nur in ganz feinen Fällen wieder eingezogen werden, durch Nichtanzahlung von Vorpfänden bei der Zahlung am 16. Dezember 1931, durch Gewährung von Kohlenmarken, gegen Ermäßen und Ähnliches. Bis jetzt wurden an die vom Wohlfahrtsamt Betreuten 3 Zentner Kohle monatlich gegeben. Mehr ließe der Haushaltsplan nicht zu, da die Zahl der Wohlfahrtsvermerksnoten zugenommen habe. In besonderen Fällen werde im Falle der individuellen Fürsorge durch besondere Abgabe verurteilt, Hilfen zu bewilligen.

Im Haushaltsplan 1932 stehen zur Verfügung „Heimmittel“ 32 000 M. Bei dem angeführten Preis von 1,38 M würde damit die Möglichkeit zur Beschaffung von 23 100 Ztr. bestehen.

Bei 2332 Wohlfahrtsvermerksnoten und 3 Zentner monatlich werden benötigt rund 7000 Ztr., d. h. die durch den Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Kohlen reichen etwas über 3 Monate, also, da wir Ende November mit der Kohlenausgabe haben beginnen müssen, bis Ende Februar bzw. bis zu den ersten Tagen März. Sollte sich, was nicht unwahrscheinlich ist, die Zahl der Wohlfahrtsvermerksnoten noch erhöhen, wird sich dieser Steigerung entsprechend die Kohlenmenge verkleinern müssen. Nicht ausgeschlossen ist es aber, daß im Laufe des Winters der Kohlenfonds nicht mehr als eine Verteilung von kollektiven Kohlen erfolgt. Dadurch würde sich die Kohlenversorgung der Wohlfahrtsvermerksnoten wieder etwas günstiger gestalten.

Ob es aber überhaupt möglich sein wird, die Kohlenausgabe Anfang März schon günstig einzustellen, kann naturgemäß jetzt noch garnicht übersehen werden. Im vergangenen Jahre wurde sie am 15. März eingestellt. Sollte sich die Notwendigkeit ergeben, die Kohlenausgabe weiter zu verlängern, oder sollte die Zahl der Wohlfahrtsvermerksnoten, was nicht unwahrscheinlich ist, noch zunehmen, ist Erhöhung des Anlasses im Haushaltsplan unannehmlich. Dies ist aber kaum möglich, ohne die Gewährung der Baumunterstützung der Wohlfahrtsvermerksnoten zu gefährden. Es muß deshalb unter allen Umständen verurteilt werden, mit den 3 Zentnern monatlich auszukommen.

Abrechnung mit den Phrasenhelden.

Gen. Schütte führte dazu an, daß in der Sitzung vom 25. September v. J. seiner Fraktion beantragt habe, die Möglichkeit der Wohlfahrt zu erhöhen und weitere Mittel bereit zu stellen für unentgeltliche Lieferung von Kohlen und Kartoffeln zum vorläufigen Preise. Die Erhöhung der Möglichkeit habe man abgelehnt, ebenso die Bereitstellung von Mitteln für Kohlen. Auch in der Angelegenheit der Lieferung von verlässlichen Karlsrufern sei nichts unternommen, vielmehr sei infolge von Samstags- und Suspenden eingeleitet worden seien. Auch die Arbeitsvermittlung sei hier mit zu erwähnen, die viel Gutes getan habe. Selbst SPD-Anhänger nähmen die Arbeitsvermittlung in Anspruch und sie mache auch keinen Unterschied. Weil also die Sozialdemokratie den Antrag auf Kohlenlieferung gestellt habe, beantragte sie den kommunikativen Antrag als ihren und werde ihn unterstützen.

Gen. Kählig ging auf die Phrasendrescherei Andras ein. Er zeigte ihm, daß mit Phrasen den Erwerbslosen nicht geholfen werde. Was hätten die Kommunisten praktisch geleistet? Was hätten sie im Antwort (kurz): Die nichts getan hat. Heiterkeit, die die Erwerbslosen außerparlamentarisch zum Kampf führe.

Stadtd. Schilling (3.) meinte, daß die Kommunisten noch nie etwas für die Erwerbslosen getan hätten, weil sie nie Mittel bewilligen, um einen Fond für die Erwerbslosen zu schaffen. Bei der Abstimmung verurteilt der Antrag der Kommunisten auf Gewährung der Winterhilfe der Ablehnung, während der so-

zialdemokratische Antrag auf Befreiung der Wohlfahrtsvermerksnoten mit 20 gegen 18 Stimmen angenommen wurde. Danach folgte die zweite Serie der kommunikativen Anträge. Sie lauten:

Herabsetzung der Miete bei den Wohnungen der Hamo um 50 Prozent. Herabsetzung eines Restpreises mit Hochbordbuch an der Dehne'schen Fabrik, Dittmars, Ausbesserung des Fußweges von dem Bahnhofsübergang an der Straße bis zur Harselberger Chauffee. Straßenbeleuchtung von Bahnhofsübergang bis zur Harselbergerchauffee. Der Magistrat hatte dazu geäußert, daß das vor allem Sache der Hamo sei. Die Hamo könne die Mieten nur in dem Maße senken als sie von den Zinsrenten zurückbleibe. Diese Senkung werde aber nur 5,84 Prozent aus. Eine Befreiung der Straßenscheinung sei in eine Prüfung eingetreten, ob eine Verbesserung der Beleuchtung notwendig sei.

Stadtd. Polth (A.) ging auf die Not der Hamo-Mieter ein. Er teilte mit, daß eine Kommission gebildet sei, die der Magistrat erst heute empfangen wolle, die er aber, vielmehr als er die Stadtvorstandsvorstellung zu hören, morgen vorstufen wolle.

Oberbürgermeister Mertens sagte, daß die Stadtvorstandsvorstellung und der Magistrat mit dieser privatrechtlichen Frage nicht zu tun hätten. Hauptgeschäftlicher sei aber die Stadt und außerdem habe die Stadt die Bürgerschaft übernehmen müssen für Darlehen. Er habe weiter den Vorstoß im Verwaltungsrat. Die Eingabe der Hamomieten laute auch vorzüglich, der Magistrat solle auf die Hamo einwirken, damit eine Senkung einträte.

Es fände sich die Hausbesitzer in der Notverordnung nicht so gut ausgekommen seien wie die Mieter. Um die eingepreisten 5,84 Prozent seien die Mieten gehen. Ueber diesen Betrag hinaus könne aber die Hamo nicht gehen, weil die Mittel fehlten. Mit öffentlichen Mitteln sei hier kein Ausweg zu schaffen. Welcher Ausweg gewählt werde, sei zu entscheiden, wenn über das Schicksal der Hausinspektorenbeschäftigten beschlossen werde. Er lehne es ab, einen Ausweg zu empfangen, der unter parteipolitischer Führung liege. Einen Ausweg sei es, die Mieten zu erhöhen. Zurück fänden in der Hamo 9 Wohnungen leer. Das seien 3,7 Prozent. 4,1 Prozent Mieten seien bisher ausgefallen, 5,45 Prozent rückständig. Das wären beträchtliche Zahlen. Ueber kurz oder lang werde etwas gefehlt müssen.

Stadtd. Hördahl (parteilos) schloß, die der Ausweg zu finden bekommen sei. Dieser werde politisch neutral sein.

Stadtd. Genßlin Boimann erwiderte, daß in der Sache nicht sein mehr gehen sei. Sie hätte der Magistrat, Mittel zu erkennen, um der Sache die Spitze abzugeben.

Oberbürgermeister Mertens führte die Schuld auf die Stadt und Staat zurück. Diese müßten helfen. Die Städte gerieten immer mehr in Schulden und müßten sich kaum zu helfen.

Zuch Gen. Schütte wies noch einmal darauf hin, daß unbedingt etwas gefehlt müsse. Wenn man fröhlich doringe, stünden die Wohnungen leer und erhalte gar nichts, lasse man aber 3. Z. nach, dann erhalte man doch immerhin etwas.

Stadtd. Dr. S. eine mit sich gehen helfen, kann aber nicht, weil der Staat Mittel fehlen. Auch er glaube, eine erste Entscheidung gegen das „heutige System“ fassen zu müssen, das nun einmal an allem Schuld ist.

Dem gegenüber betont Genßlin Boimann, daß die Wirtschaftskrise, die kein Mensch vorantreiben konnte, Schuld an dem heutigen Stand ist, nicht irgend eine politische Maßnahme.

Der Antrag wegen der Befreiung gegen die Kommunisten juristisch. Der Antrag auf Mientierung wurde abgelehnt, angenommen dagegen die Einrichtung einer besseren Beleuchtung der Straße.

Als drittes Dringlichkeitsstück der Notiz folgte der Antrag auf Zurückziehung der Kündigung des Mietvertrages der Mieter des Reiferenblocks Baumontstraße.

Zus irgenwelchen Gründen hat die Müllverwaltung die Räumung dieses Häuserblocks verlangt, in dem seit mehr als 10 Jahren Zivilbevölkerung wohnt. Die Maßnahme ist gewiß hart und es muß auch unbedingt etwas gefehlt. Dazu hätte es aber nicht der löblichen Neben der Kommunisten bedurfte. Während Andras Schimpfpannen verlesen soll alle Mitglieder des Magistrats und der bürgerlichen Fraktion den Saal.

Stadtd. Wernys knappe aber laßtliche Ausführungen waren den Betroffenen bestimmt mehr von Vorteil. Er meinte, der Magistrat müsse beruhigend auf die Mieter einwirken. Es sei unmöglich, die Einkünfte alle in Wohnwohnungen unterzubringen. Der Magistrat müsse, heißt, festsetzen, daß die Kündigungen erst dann wirksam werden, wenn andere Wohnungen vorhanden sind.

Zuch Stadtd. Kählig betonte die Notwendigkeit eines Eingreifens des Magistrats. Es seien auch heute noch Möglichkeiten vorhanden, die zu Wohnungen umgebaut werden könnten.

Magi-Kappe erklärte sich dann mit den kommunikativen Anträgen folktätig. Obwohl ich also die beiden radikalen Briefe der zusammengehörenden hatten, verstanden sie doch nicht die übrigen Stadtvorstandsvorstellungen zu verstehen, so daß der Antrag abfiel. Beschlossen wurde aber, daß gleichzeitige Maßnahmen zu ergreifen zu beschaffen werden und bei Zuwägen von Wagen und Hilfskräfte für den Umzug zur Verfügung gestellt werden.

Mit einer Anfrage der Kommunisten an den Magistrat, die in der nächsten Sitzung beantwortet werden wird, fand die öffentliche Sitzung zum 21. Uhr ihr Ende.

In der geheimen Sitzung wurde dem Rechnungsabfuhr für 1930 zugestimmt. Ferner wurden einige Grundstücksangelegenheiten und Personalsachen erledigt.

WERNIGERODE

Abdrücken der „Wernigeröder Zeitung“.

Die Entziehung und das Abschneiden der „Eisernen Front“ hat der Wernigeröder Zeitung, insbesondere deren Redakteur Gustav Christian Raß, ein derartiges Abdrücken verursacht, das er zwei Spalten der Nummer vom Mittwoch dazu verwenden mußte, um sich Entgeltung zu verschaffen. Sein Geheiß gegen die Eisernen Front steht aber im großen Widerspruch zu seiner Aufklärung, sich in die aufsteigende Hindenburgliste einzuschließen, was als Arbeiter liegt zu dieser Aufklärung seine Verantwortung.

Herrn Raß, der ein warmer Befürworter der nationalen Opposition ist und der deren Entwidlung hart nach nationalsozialistischen Wünschen gefördert haben möchte, hat unsere Zeitung, eine Art Stammtische für demokratische Journalisten aufzusuchen, im kommenden Eisernen Frontschweren Unbehagen verursacht; er steht darin ein politisches Konkurrenzunternehmen. Wenn er die Reden unserer Genossen Crispin, Eggert und Hillermann im Berliner Sportplatz für überflüssig hält und sich „über die unnützig auszubehenden Gelder“ erregt und glaubt, daß wir uns letzten Endes nur „lächerlich machen“, so sollte er diese Sorgen uns allein überlassen. Ihm dürfte es außerordentlich schwer fallen, „der Linken“ nachzuweisen, daß wir etwa die kommunikativen Straßenbewegungen billigen. Wenn er sein gefährliches Auge auf die örtliche Beteiligung seiner Parteifreunde, der Nationalsozialisten, richten wollte, würde er Gelegenheit haben, sich davon zu überzeugen, wie eine Morpheus sich entwickelt. Wir erinnern bei dieser Gelegenheit nur an unsere Züge, „Schweine bleßen Schweine“, die besagt über das örtliche „Freibrotentium“ gerade genug. Soweit Anhänger der Eisernen Front aus heute noch Abkommen dieses Blattes aus alter Abhängigkeit sind, wird es an der Zeit, sich ernstlich umzuwandeln. Solche „Randglossen“ dürfen wir uns nicht mehr länger bieten lassen!

— Die Parteivollversammlung trat am Samstag, 6. Februar, in der ersten wichtigen Vorbereitungsung im Gemeindefesthaus um 20 Uhr. Die Parteivollversammlung findet am Montag (nicht Dienstag), dem 8. Februar, 20 Uhr, im Gemeindefesthaus statt. Der Generalsekretär kommt wegen der kommenden Ereignisse eine besondere Bedeutung zu; es ist Pflicht aller Parteimitglieder, reiflos an dieser Versammlung teilzunehmen.

— Ortsausflug der Gemeindefestung. Die Jahresabschlussfeier der Gemeindefestung findet am Dienstag, dem 9. Februar, im Sportplatz statt, möge reichliches Gelingen, auch der Vorhänge, erforderlich ist. (Siehe Anzeige am Samstag).

— F. C. Sportverein Wernigerode. Am Freitag, den 5. Febr., findet die fällige Monatsversammlung statt. Alle aktiven und passiven Mitglieder müssen unbedingt erscheinen.

— Freie Sportvereinigung 1895. (Abst. Handb.). Heute Donnerstag handballspielverteilung im Heim. Sonntag spielt die 2. Mannschaft gegen Turner-Halbortel 1. um 1/12 Uhr. Die 1. Mannschaft spielt gegen die gleiche von Gattenfeld. Amuruz 2 Uhr. Um 10 Uhr spielen Wernigerode-Schüler gegen Hensburg-Schüler.

Die ausgehenden Fragebogen des Ortsausfluges der Gemeindefestung, die eigentlich bis zum 1. Februar zurückgereicht werden sollten, stehen zum größten Teil noch aus. Dienstag in der Kartellung der der letzte Termin zur Rückgabe, sonst erfolgt Bestimmung der Gämigen in dieser Sitzung.

Das Fest der goldenen Hochzeit bezieht heute der Schloffer in der Straße 15, im nahen Ruffität mit seiner Ehefrau. Die Gemeindefestung und besonders seine Verbandskollegen wünschen ihr die Segen der Gratulationen an.

— In das Preisentwurf! Während bisher die Landbutter 60 Pf. kostete, muß man jetzt 65 Pf. bezahlen. Es könnte durchaus nichts schaden, wenn die Nahrungsministerkontrolle bei den Bäckern des östlichen Rot und Briten nachzusehen lassen würde. Auch hier ist viel Preisentwurf eine Wertuerung durch Gemeindefestung eingetreten.

— Diensthabländer. Der Polizeihauptmannmeister Karl Zuhl, Friedrichstraße 117, konnte am 2. Februar auf eine 25jährige Dienstzeit bei der Polizei zurückblicken. Der Jubilar kam im Jahre 1921 aus dem abgetretenen Gebiet, aus Schlessig-Holstein, nach hier als fälligkeitseinstellung.

— Einsetzung von Grundstücks-Zwangsvollstreckungen. Nach der Notverordnung vom 8. Dezember v. J. (§ 2 Teil III) kann auf Antrag des Schuldners die Zwangsvollstreckung eines Grundstücks auf längstens sechs Monate eingestellt werden, wenn der Schuldner infolge der wirtschaftlichen Gesamtlage eine fällige Verbindlichkeit nicht erfüllen konnte. Der Antrag ist innerhalb acht Wochen nach Zustellung des Beschlusses, der die Zwangsvollstreckung anordnet, zu stellen. Eine jetzt ergangene Durchführungsverordnung vom 30. Januar d. J. bestimmt, daß Schuldner, die unter Verläumdung dieser Frist oder der weiteren in § 22 Teil III der Notverordnung bestimmten Zweimonatsfrist den Antrag auf einseitige Einstellung der Zwangsvollstreckung unterlassen haben, jetzt ohne weitere Rücksichtungen berechtigt sein sollen, die Wiedererteilung in den vorigen Stand zu beantragen. Der Wiedererteilungsantrag ist bis zum 29. Februar d. J. zulässig, und zwar auch dann, wenn ein Einstellungsantrag bisher bereits wegen Verjährung oder ein Wiedererteilungsantrag als unzulässig zurückgewiesen worden ist. Die einseitige Einstellung kann, falls der Rückzug bereits erfolgt ist, auch im Wege der Beschwerde bis zum 29. Februar beantragt werden. Ist die nach § 22 der Verordnung hierfür geltende Frist bereits verstrichen, so soll nach der Durchführungsverordnung auch hiergegen Wiedererteilung in den vorigen Stand grundsätzlich zulässig sein. Sie ist nur dann unzulässig, wenn die Verteilung des Verteilungsbeschlusses bereits stattgefunden hat.

Was muß der Bürger vom Haushaltsplan der Stadt wissen?

Ein Vortrag in der Volkshochschule.

Am Mittwoch sprach Bürgermeister Dr. Bach in Rahmen des Schulpens der Volkshochschule über das Thema „Was muß der Bürger vom Haushaltsplan unserer Stadt wissen?“ Er wandte sich mit seinem Vortrag ganz besonders an diejenigen, die sich noch nicht in größerem Umfang mit Kommunalfragen beschäftigt haben.

An ihnen einleitenden Ausführungen wies der Redner darauf hin, daß viele Bürger tatsächlich nicht wußten, was es mit dem Haushaltsplan auf sich habe. Das Interesse dafür sei keineswegs groß, denn wenn der Haushaltsplan der Stadt zur Kenntnis der Bürger ausgedrückt würde, dann kämen während der ganzen Zeit der

Auslegung zwei oder drei Personen. Und demnach berührt der Haushaltsplan der Stadt jeden Bürger persönlich.

Der Haushaltsplan ist ein Voranschlag für die künftige Vermehrung für die Zeit vom 1. April bis 31. März. Die Wichtigkeit der öffentlichen Angelegenheiten der Stadt zu einer Bundestagung der öffentlichen Angelegenheiten, denn jede Stadt stellt den Haushaltsplan auf, wie sie für richtig hielt. Das hieß natürlich die Finanzkraft. Um eine Einseitigkeit herbeizuführen, daß nach dem in den letzten Jahren eine Herabsetzung über die Finanzkraft zu erfolgen, in der Verordnungen enthalten sind über die Aufstellung des Haushaltsplans. An der Finanzkraft, in Handel, Gewerbe und Industrie, wird kein Haushaltsplan aufgestellt, indem man ist zur Durchführung übergegangen, die es jederzeit ermöglicht, einen Lebensplan über Vermögen und Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu schaffen. Der Haushaltsplan einer Stadt ist für die Verwaltung eine Anweisung; die Zahlen stellen Beschlüsse der Stadterordnetenversammlung dar. Der ordentliche Haushaltsplan enthält die regelmäßigen Einnahmen und Ausgaben, der außerordentliche nur einmalige oder nicht häufig wiederkehrende Angelegenheiten, die nicht aus laufenden Mitteln, sondern mit Anleihen finanziert werden. Der Stadtrat in den Ausschüssen der städtischen Körperschaft geht eine Besprechung der Abteilungsleiter voraus. Ist die Ausschussberatung beendet, dann befaßt sich der Magistrat mit dem Haushaltsplan, der ihn dann von der Stadterordnetenversammlung feststellen läßt. Dieser Weg stellt eine Reihe von Beratungen und Änderungen dar. Zunächst sind die Pflichtaufgaben der Stadt zu erledigen. Das sind die Aufgaben der Schulen usw. Die Städte haben auch im Laufe der Jahre freiwillige Aufgaben übernommen, zu deren dauernder Durchführung sie nicht verpflichtet sind. Hierzu zählen Stadttheater, Kinderheime, Waisenhaus, Büchereien usw. Die freiwilligen Aufgaben sind durch die Finanznot der Stadt außerordentlich gefährdet.

Zur Deckung der Ausgaben muß die Stadt alle eigenen Einnahmen nennenden Mittel herbeiführen für drei Hauptzweckrichtungen zur Verfügung: 1. Gebühren (Kanal, Straßenreinigung, Erbschaft usw.), 2. direkte und indirekte Steuern und 3. Ueberwälzungssteuern. Es ist ein alter Grundsatz, daß die Deckung laufender Ausgaben nicht aus dem Vermögen der Stadt erfolgen darf; ebenso ist die Deckung laufender Ausgaben durch Anleihen nicht statthaft. Daher der Satz: Keine Ausgabe ohne Deckung.

Der Ratner ging im Laufe seiner Ausführungen auf verschiedene Postitionen des Haushaltsplans ein und gab eine Übersicht über das Vermögen und die Schulden unserer Stadt. Das Vermögen unserer Stadt beträgt 29 Millionen Mark (darunter ungebauter Grundbesitz 2,7 Millionen Mark, bebauter Grundbesitz 14,7 Millionen Mark, städtische Werte 4,9 Millionen Mark und Kapitalvermögen 2,2 Millionen Mark). Nicht einbezogen in diese Aufstellung sind die beweglichen Sachen Halberstadts in einer Länge von 60 Kilometern und die unbefestigten Straßen von noch größerer Länge.

Dr. Brach streifte noch die Wirtschaft der städtischen Werte und stellte fest, daß jetzt ein erheblicher Rückgang bei Gas und bei der elektrischen Straßenbahn zu verzeichnen ist. Der Vortrag brachte für den Fall manchen wichtigen Fingerzeig zum Verständnis des städtischen Haushaltsplanes.

Dem Vermögen von 29 Millionen setzen 8 Millionen Schulden gegenüber.

Wie lange leben wir?

Von 100 Zwanzigjährigen werden nur 58 fechtig Jahre alt.

Ein jeder hat sich die Frage: wie alt werde ich? Hierüber schon häufig gefaselt und ein jeder hat feststellen müssen, daß es im allgemeinen darauf keine Antwort gibt.

Nach im Jahre 1800 betrug die durchschnittliche Lebensdauer etwa 35 Jahre. Diese Zeiten sind indessen nur Beispiele so ungenügend, weil damals die Säuglingssterblichkeit noch außerordentlich groß war und durch diese Sterblichkeitsziffer wurde die Durchschnittszahl sehr ungünstig beeinflusst. Die Fortschritte der Medizin und modernen Sozialhygiene brachten eine außerordentliche Senkung der Säuglingssterblichkeit, so daß schließlich im Jahre 1900 die durchschnittliche Lebensdauer auf 45 Jahre gestiegen war. Noch stärker als im 19. Jahrhundert liegt sie aber in den ersten zwei Jahrzehnten des zwanzigsten Jahrhunderts. Im Jahre 1921 wurde in Deutschland die durchschnittliche Lebensdauer auf 55 Jahre berechnet. Es wäre sehr töricht, sich einzubilden, daß wir heute nur etwas 23 Jahre länger leben als im Jahre 1800. Diese Ziffer ist vielmehr fast ausschließlich durch die Verminderung unserer Säuglingssterblichkeit erreicht worden. Diese Ziffer der durchschnittlichen Lebensdauer gibt uns also kaum eine auch nur einigermaßen betriebliche Antwort auf die Frage, welche Aussicht wir haben, etwa 70 Jahre alt zu werden.

Es ist deshalb wichtiger, sich einmal die Frage vorzulegen wie viele von hundert Zwanzigjährigen die verschiedenen Lebensalterstufen erreichen. Nach der Statistik gelangten von hundert Zwanzigjährigen 94 bis ins dreißigste Lebensjahr 86 erreichten das vierzigste 75 das fünfzigste. In drei Jahrzehnten waren also schon 25 Prozent gestorben. Das 50. Lebensjahr wird nur noch von 88 und das 70. nur von 35 erreicht, während ins achtzigste nur 14 eintreten. Schon diese Darstellung zeigt uns, daß das Gefahrenmoment auch prozentual ziemlich groß ist. Es ist nicht viel mehr als die Hälfte der Zwanzigjährigen, die das sechzigste Jahr noch erreichen.

Die Betrachtungen über das Lebensalter haben infolgedessen einen außerordentlichen praktischen wirtschaftlichen Wert, als sie in die Berechnungen des Gesamtvermögens eingestellt werden müssen. Der Verheiratete muß sich darüber klar sein, daß er als Arbeitsfaktor und Einnahmequelle seiner Familie bis zu einem gewissen Grade — nämlich nach dem Prozentsatz der oben errechneten Sterblichkeit — gefährdet ist. Das große Problem besteht nur darin, in welcher Weise ein Ausgleich für diese Gefahren geschaffen werden kann. Es kommt darauf an, diese Gefahr möglichst gleichmäßig auf alle zu verteilen. Den Tod kann man natürlich nicht abwenden, wohl aber die wirtschaftlichen Folgen, die dadurch eintreten. Diese können von einer Gestalt her gewonnen werden. Das ist die Basis, auf der unsere Lebensversicherungen, die Haftpflichtversicherung — aufgebaut sind. Diese Haftpflichtversicherungen, die wir sie oben zur Darstellung gebracht haben, sind die Grundlagen für die Berechnung der Versicherungsbeiträge der Lebensversicherung, denn schließlich bedeutet ja eine solche Lebensversicherung nichts anderes als die Abwälzung des wirtschaftlichen Risikos des frühzeitigen Todes auf die Gesamtheit der Mitversicherer. Diese Betrachtungen über das Lebensalter, das wir erreichen können, geben aber auch zugleich den einfachen Schluß, daß es naturgemäß am günstigsten ist, wenn man eine Lebensversicherung so früh wie nur möglich abschließt, da die Sterblichkeit mit den einzelnen Altersstufen stark wächst und die Aussicht, noch eine bestimmte Anzahl von Jahren zu leben, in der Jugend naturgemäß größer ist als im Alter. Auch muß die Lebensversicherungsprämie für den Jüngeren niedriger sein als für den Älteren. Wenn wir die Frage: wie alt werde ich? auch mit Hilfe der Statistik nur sehr ungenügend beantworten können, ja, wenn wir eigentlich zweifeln müssen, daß es für den Einzelnen eine solche Antwort überhaupt nicht gibt, ergibt sich doch daraus, die Erkenntnis, daß gerade aus diesem Un-

sicherheitsfaktor es notwendig ist, nach Möglichkeit mit der Fürsorge für das gefährdete Leben so früh wie nur möglich zu beginnen.

* Die Polizei nahm hier zwei Leute fest, die unter dem Verdacht stehen, an einem Mordanschlag in Magdeburg beteiligt gewesen zu sein. Die Ermittlungen in dieser Angelegenheit schweben noch.

Unterbezirks-Konferenz für die Unterbezirke Halberstadt und Bernigerode.

Am Sonntag, den 21. Februar, vormittags 10 Uhr, findet beim Herrn Otto Bollmann, Halberstadt, Bakenstraße 63, eine gemeinsame Unterbezirkskonferenz für beide Unterbezirke statt.

Tagesordnung:

1. Die politische Lage, die Reichspräsidenten- und Landtagswahl. Referent: Landtagsabgeordneter Rinna Bollmann-Halberstadt.
2. a) Geschäftsbereich. Referent: Fr. Schulte. b) Bericht über unsere Presse.
3. Bericht unserer Kreisratsfraktion.
4. Aufstellung eines Kandidaten zum Preussischen Landtag.
5. Erfolge des Unterbezirksvorsitzenden für den Unterbezirk Bernigerode.
6. Sonstige Parteianglegenheiten.

Zu dieser Konferenz entfenden alle Ortsvereine bis zu 200 Mitglieder einen Delegierten; für je weitere 200 Mitglieder wird ein Delegierter mehr entsandt. Mitgliedsen über 100 werden als voll gerechnet.

Die Wahl der Delegierten muß in Mitgliederversammlungen erfolgen, wobei wir besonders darauf hinweisen möchten, daß auch unsere Frauen genügend berücksichtigt werden.

Die Delegierten haben ein Mandat und das Mitgliedsbuch als Ausweis mitzubringen. Die Mandate werden den Ortsvereinen vorher zugestellt.

Mitglieder, die Interesse für die Tagung haben, können als Gäste teilnehmen und haben gleichfalls das Mitgliedsbuch mitzubringen. Die Kosten für die Delegierten trägt die Bezirkskasse.

Wir erwarten, daß möglichst bald alle Ortsvereine Stellung zu der Konferenz nehmen und eventuelle Anträge bis zum 13. Februar an das Sekretariat in Halberstadt einschicken.

Gesinnungen und Genossen! Auf dieser Tagung werden sehr wichtige Entschlüsse gefaßt, die für das Jahr 1932 für die Partei von besonderer Bedeutung sind. Es findet unter dem Zeichen von „Eierne Front“ statt und wir bitten alle Ortsvereine, nicht nur Delegierte zu entsenden, sondern auch Genossen und Genossinnen zu schicken, die als Gäste teilnehmen. Harte Kämpfe gilt es vorzubereiten, deshalb

„Auf zur Unterbezirkskonferenz“.

Mit Parteigruß,

Rudolf Rödig-Halberstadt, Wilh. Heit Müller-Bernigerode, Frh. Schütte-Halberstadt.

Aus Quedlinburg

Oh, Wegen vier Paar Tausen ein halbes Jahr Gefängnis. Ein seit längerer Zeit erwerbsloser Quedlinburger Arbeiter ließ sich nun außerorts vier Paar Tausen schiden. Obwohl er außerhande war, den Kaufpreis zu zahlen, mochte er den Verkäufer über seine wirtschaftlichen Verhältnisse unwahre Angaben. Wegen Betrugs hatte er sich nun zu verantworten. Er wurde zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Wen bevorzugen wir in Quedlinburg?

Wichtig für sparsame Brautleute
Herzliche Spielzimmer mit groß. dreif. Schilddr. 295 Mk.
Hochmodern. Schlafzimmer echt eich., gr. Schilddr. 180 breit, vollst. komplett 425 Mk.
Sehr apartes mod. Speisezimmer, Büffet, 120 breit, mit herrlichem Winiensaufsatz kompl. 295 Mk.
Küche 100 und 120 Mk. — 10 Jahre Garantie —
M. Jentsch, Quedlinburg
Stumpfburgstr. 4
Freie Lieferung
Abholung im Auto.

Beachte stets dieses Zeichen



Hier spartst Du sicher!

Sämtliche Drucksachen für Vereine
• schnell
• gut
• billig
Druckerei Halberstädter Tageblatt

Darum spare bei der Kreis-Sparkasse zu Quedlinburg

Provisionsfreier Scheckverkehr. Annahme von Spargeldern, Kontokorrent- und Ueberweisungs-Verkehr. An- und Verkauf, sowie Verwaltung von Wertpapieren, Heimsparbüchern, Sparmarken, Abschlässe v. Bausparverträgen

Georg Streubel

Architekt W. D. A.
Am heiligen Brunnen 5

Bauprojekte .. Bauberatung
Bauleitung, Kelleneranschläge
Statische Berechnungen ..
Gelände- und Grundstücks-Schätzungen

Otto Helwing

geprüfter Orthopäde, Mechaniker und Bandagistenmeister
Helliggasse 23
Fernsprecher 506

Bandagen Kunstglieder Orthopäde. Apparate Krankentfl. - Artikel

Quedlinburger Baugezellschaft m. b. H.

Hardenbergstraße 2

Ausführung sämtl. Maurer- und Zimmerer-Arbeiten

Spezialität: Treppenbau

Erich Kaufmann

Ballestraße 18
Fernruf 802

Mineralwasser-Fabrik
Parfümerie- und Toilette-Artikel
Bier-Niederlage

Max Ponzet

Schulstraße 9
Fernruf

Sanitäre Artikel

Parfümerie- und Toilette-Artikel
Gummii-Waren
Lieferant der Krankenkasse



sparen kannst Du kaum, wohl aber einen Notgroschen zurücklegen für schlechte Zeiten — Spare auch Du bei Deiner

Stadt-Sparkasse Quedlinburg

Pflicht unserer Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder sowie Siedlungsgenossenschaften pp ist es, die vorstehenden Firmen in allererster Linie zu berücksichtigen und ihrem Bekanntheitskreis nachdrücklichst zu empfehlen.

Aus Wehstedt

m. Diebstahl — Zeichen der Not? In einer der letzten Nächte haben Einbrecher aus dem Keller der Schule den in der Schule wohnenden Lehrern Konjeren und Getränke. Es waren ansehnliche Feinschmecker, denn Bischen mit grünen Bohnen liegen sie nach Feststellung des Anhalts zurück. Sie besahen auch den Kaufmann Hentel und nahmen Gp und Primitives mit. Auch der Ortsarzt ist nicht unbeschädigt; man ließ feinschmecker liegen. Den Hahn ließ man zurück, weil die Langfinger mehr auf Oesterreich, die die Hühner wohl legen sollten, Wert legten, als auf das saße Fleisch des alten Hühnerpolas. Natürlich ist im Dorfe die Aufregung nicht gering. Teilweise sieht man Bespender und die Vermutungen könnten Deutliche vom Range eines Sherats Holmes, wie Carter oder Stuart Webb zum Erbrechen bringen. Davon hat man aber leider die Langfinger nicht, viel weniger eine Spur. Die aber von den Dieben Unbeschädigten freuen sich in der richtigen Erkenntnis: Der Götze Gott ist überall, nur nicht in Pastors Hüthnerstall.

Aus Osterleben

om. Die eiserne Front marschiert auch in unserem Südküchen. Der Anlauf nach dem Montag im Parkgarten in einer außerordentlich gutbesuchten Familienversammlung. Genosse Fr. Schmitt bewies den Verammelten in einflussreicher markanter und begeisterter Rede die Notwendigkeit der Gründung der „E. F.“ Mit großem Beifall wurde der Appell von der Versammlung aufgenommen. Der geschäftsführende Ausschuss stellte sich sofort zusammen. Nun geht es an die Arbeit. Sämtliche Organisationen und Verbände haben ihre Vertreter gestellt. Genossen, Kollegen und Reichsbannerkameraden, stellt euch in den Dienst der guten Sache! Haltet, sprecht, kämpft mit der „Eisernen Front“, bringt jeden herein, keiner darf zurückbleiben.

om. Der Ortsausflug des A.D.G.B. hielt am Montag seine Jahreshauptversammlung ab. Kol. Sachtleben gab den sehr umfangreichen Jahresbericht. Es hat im laufenden Jahre sehr viel Arbeit gegeben. Die Verantwortlichen, die getroffen wurden, waren sehr gut beachtet und hatten durchweg guten Erfolg. Der Reisebericht wurde vom Kollegen Knaus gegeben. Zum Kapitel Reiseausgaben wurde kurz bemängelt, daß die Lebensmittelpreise noch lange nicht den Einflüssen entsprechen. Beiangt wurde, daß die Stadt unbedingt mit gutem Beispiel vorangehen solle. Eine dementsprechende Eingabe wird eingereicht. Der beantragte Nachschuß der Bürgersteuer für Bürgerarbeit ist abgelehnt unter Berufung auf § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Wirtschaft. Trotzdem soll die Eingabe wiederholt werden. Es wurde der Vertreter des Sportvereins beauftragt, Schritte zu unternehmen zur Gründung für Schillerparklaufbahnen.

Aus Osterleben

o.* Echte Erinnerung an das Chor-Orchester-Konzert. Die Arbeiterjahre wollen mit Unterstützung der Stadtkapelle (Dir. Hermann Linger) Mittel schaffen für die Winterhilfe. Sie veranstalten deshalb ein Chor-Orchester-Konzert am Freitag, dem 5. Februar, 20.30 Uhr, im Germania-Saal. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pfg. und für Erwerbslose 30 Pfg.

Kreis Osterleben

Hamerleben, 2. Februar. Die glückliche Gemeinde im Kreise Osterleben ist immer noch Hamerleben. Überall hört man Klagen über die Not der Hamerler wegen zu hoher Preise und zu niedriger Preise für landwirtschaftliche Produkte. Nicht so in Hamerleben; hier kommt die Nachbarmehrung der Regierung für den feststehenden Acker völlig unerwartet. Mehrere Landwirte und der Gemeindevorsteher trafen sich des abends beim Schöpfer Gastwirt Fische und feierten nun beim Glase Bier und Essen dieses freundliche Ereignis. Als nun gegen Morgen die Freude ihrer Hörsprüche erregt hatte, übten sie auch nun den Einzug des dritten Reiches und schienen und schlugen alles kurz und klein. Die Vermählung soll freudlich gewesen sein; zwei Tage hatte der Tischler Arbeit. Die Nachbarn erwachten aus dem Schlofe und gläubigen Einbrecher teilte von Warte. Als sie nun hörten, was der Herrchen hier das dritte Reich gefeiert hatten, tam ihnen erst die Befinnung, daß unter den Landwirten und beim Gemeindevorsteher noch keine Not herrscht. Die Wohlfahrtskommission und Erwerbslosen können sich vielleicht nun ein Bild machen, warum ihr Antrag wegen einer Weihnachtshilfe abgelehnt worden ist. Für solche Sache ist kein Geld vorhanden. Da konnte der Gemeindevorsteher und die Armenkommission die Grenze der Bedürftigkeit nicht feststellen; aus diesem Grunde erhielten sie alle nichts. — Vor kurzem erst hat ein Artikel im Osterleben Kreisblatt (Magazin) über die billige Vermählung in Hamerleben; auch hierzu nehmen wir nächsten Stellung.

Hornhausen, 3. Februar. Nach Verhandlung des Gemeindevorstehers, Gen. Werner, mit der Firma Rohde und Giesele, Wanzleben, wurde der Nachpreis für Kleingärten um 20 Prozent gesenkt. Der Quadratmeter kostet somit 2,4 Pfg.

Kreis Quedlinburg

Kreisleben, 2. Februar. In der Jahreshauptversammlung des Schweineversicherungsvereins Kreisleben wurde dem Kassensührer Ermählung erteilt. Aus dem Kassensührer geht hervor, daß der Verein im letzten Jahre außerordentlich viel an Entschädigungen zu zahlen hatte; trotzdem steht der Verein finanziell noch sehr gut. Die Warendamtschaft ergab die Mitherrschschaft des gesamten Vorstandes. Die im Etat vorgegebene 14tägige Korrektur ist laut Befehl dieser Ortsversammlung auf 5 Tage reduziert worden, also tritt 5 Tage nach Anmeldung eines Schweines die Entschädigungspflicht des Vereins in Kraft. Für Schweine noch auswärts verweilender Mitglieder

achtet der Verein noch 14 Tagen des Wegzuges nicht mehr. Mit dem 15. Tage ist die Mitgliedschaft erloschen.
Gatersleben, 2. Februar. Landesamtsnachrichten für Monat Januar. Geburten: Gestorben: Alfred Wappner und Frida, geb. Buchmann, ein Mädchen. Sterbefälle: Hilja Weinecke, geb. Baum, 26 Jahre; ein Kind des Maschinenbauers Emil Berner und Ella geb. Weinecke; Minna Rohmann geb. Hoffmann, 81 Jahre. Eheschließungen: Maurer Joseph Kramm und Bertha geb. Bender.

Bad Suderode, 1. Februar. Die Schwebelvereinigung hielt kürzlich ihre Jahresversammlung im „Schwarzen Adler“ ab. Der Vorsitzende gab den Geschäftsbericht. Bei der Sitzung leitete den Vorsitz des Vereins gefeiert worden, unter anderem wurde der Kindererziehung noch angeht. Angeregt wurde auch die Veranschaulichung für Feuer und Diebstahl. Die Vorstandswahl ergab als 1. Vorsitzenden W. Schläffer, 2. Vorsitzenden K. Jäder, Schriftführer W. König. Die Wahl des Kassierers soll in der nächsten Versammlung erfolgen. Dann erfolgte der Bericht über die Jahreshauptversammlung des Kreisverbandes in Quedlinburg. Im Jahre 1932 soll der Jugendleiterkursus des Kreisverbandes in Bad Suderode stattfinden. Es wurde dann die Errichtung der Vereinskaube erörtert; die gemeinschaftlich ohne viele Kosten errichtet werden soll.

Nachterstedt, 3. Februar. Feiertagsfahrten für die ganze Wegegenschaft. Die Belegfahrt der Orbe Concordia hat noch nie feststellen können, daß der Besuch, der von Zeit zu Zeit von einem getragenen Herrn aus Halle der Jede abgeleitet wird, etwas günstiges für die Kumpels gebracht hat. Im Gegenteil. Immer bringt sich ein Besuch nachteiliges für die Wegegenschaft. Dieser waren es nur einige Betriebs, die mit Feiertagsfahrten bedacht wurden, jetzt soll jedes Wegegenschaftsmittglied eine Feiertagsfahrt in der Woche verzeichnen. Das ist die feste Einführung der 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich. Heute, wo der Lohnabbau durch die letzte Notverordnung schon insoweit den Verlust einer vollen Fahrt in der Woche beträgt, wissen die Kumpels nicht mehr, was sie mit den paar Kröten, die sie am Freitag bekommen, anfangen sollen.

Aus Thale

o.* Für die Eiserne Front gegen beim Gen. Schintel und beim Gen. Reichel bitten zum Eintreten aus für diejenigen, die noch in keiner umfassenden Hilfe stehen, die nach keiner Organisation angehören, sich aber trotzdem der Eisernen Front anschließen wollen. Tragt Euch ein!

Hotel u. Restaurant „Zum Harz“
Hauptstr. 3 Thale am Harz 2 Min. v. Bf.
* Erich Schinkel / Fernruf 244

Angenehmes Gesellschaftlokal für Reisende und Touristen

Gut gepflegte Biere und Weine
Preiswerter Mittag- u. Abendstisch
Jeden Sonntag von 7 Uhr abends ab
KONZERT mit Tanzelagen

Eduard Seil Thale Hauptstraße 22 Fernruf 406	Kohlengeschäft Karl Pötsch Thale a. H. Wilhelmstraße Telefon 308
--	--

Fisch u. Wild
Geflügel
Marinaden
Obst u. Gemüse

Briketts :: Grudokoks
Zechenkoks :: Eierbriketts

o.* „Stadt gegen Land.“ Für das am Sonntag in dem Sportpark der Spielvereine um 14.30 Uhr beginnende Fußballspiel zugunsten der Winterhilfe ist das Interesse immer mehr und mehr gewachsen. Alles wartet gespannt auf die Mannschaffsaufstellung, welche am Freitag bekanntgegeben wird. Einige Überzeugungen sind festgemacht. Die „Reiseerzählung“ findet auf dem Platz statt. Die Reichswehrkapelle spielt nunmehr bestimmt. Alles und Jeder wird zu diesem sportlich-humanitären Spiel erwidert, zumod der Eintrittspreis nur 30 Pfg. für Erwerbslose 20 Pfg. beträgt. Für Zuschauer außerhalb des Platzes ist kein Interesse vorhanden. Um an der Kaffe das zu erwartende Gebränge zu vermeiden, werden morgen einige Vorverkaufsstellen bekanntgegeben.

Bermischtes

„Aufgedräng“ — verurteilt. Vom Schöffengericht Berlin Mitte wurde am Mittwoch der frühere Depositionsoffizier Hans Brüggemann aus Berlin O. wegen Veruntreuung von Geldern in Höhe von 340 000 Mark zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Brüggemann erklärte, daß ihm keine Bekannten das Geld geradezu „aufgedrängt“ hätten, um in der Absicht der Steuerhinterziehung zu vermerken, daß die Beträge über die Banknoten liefen. Der Angeklagte verzweifelt sich an dem ihm anvertrauten Geldern, nachdem ihm mehrere private Spekulationen verunglückt waren. Das vom Gericht gefällte Urteil entspricht dem Antrag des Staatsanwalts.

In der Hofmusikantenschule.

Für 1,20 Mark pro Stunde jeder ein Carolo.

In einem Hause in Berlin O. hat dieser Tage ein fünfjähriger Ausbeuter der Not eine Hofmusikantenschule eröffnet.

In diesem von Sorgen grauem Saule Treppen weiblische und männliche Hofmusikanten zumachen: Musikanten mit fräulichen Gesichtern, ohne Krone, mit schiefen Wägen. Am fröhlichen Nachschuß bergen sie irgendein Anstrich. Auf der Mauerwand ein verrostetes Schild: „Hier werden Hofjäger und Musikanten ausgebildet“. Wenn im Innern des Treppenhäuses nicht ein aus Papptorten ausgeheilte Finger und Schmarz und rot geschmierter Zerk aufwärts zeigen würden: „Musikantenschule eine Treppe höher“, würde man sich trotzdem durchfinden, die Treiler einer sich überdrehenden Frauenmilch weilen den Weg.

Die Schule besteht aus einem Zimmer und einer Küche; also die Schule ist zugleich Wohnung. Eine zusammengepackte Wolldecke trennt den „Unterrichtsraum“ in zwei Teile; rechts ist der Barterraum, links Schule und Wohnraum. Am Barterraum sitzen sechs Leute auf einer schmalen Bank; leicht unterworfen sie sich von ihren verlassenen Berufen, sich recht und leicht durchs Leben zu schlagen. Nichts hat getuppt; jetzt wollen sie es also Hofjäger verlieren. Dann betrachten sie interessiert das Verzeichnis an der Wand: Auf einer Delimitation stehen zwei Wanderburschen und fingen. Viele Mädchen und Frauen gucken aus den Fenstern. Sie drücken ihre Augen zu, weil sie die „Schönheit der Töne“ empfinden wollen. Unter dem Bild steht Unterrichts: „Gefällt Euch unser Spiel? Wir haben uns in Schöntalangs Musikschule ausgebildet!“ Auf dem anderen Bild gegenüber stehen zwei Jägerfrauen; mit Wesen in der Hand lagern sie aus Hofmusikanten aus dem Hof heraus mit den Worten: „Erlaubt Euch in Schöntalangs Musikschule, dann kommt zu uns vorpfeifen!“

Der Herr Lehrer ist so beschäftigt, daß er gar nicht herkommt, um uns zu empfangen. Umsonst klopft sich ein Schüler um den anderen. „Warum müßt Du aus Hofmusikant werden“, fragt mich ein Mann, während er die Besole der Baute repariert. „Du wirst nicht einmal das tolle Wasser verdienen“, mißt sich ein Mädchen mit Bubstopp und Bindende ein. „Weißt Du übrigens“, fragt mich der tragelose junge Violinpieler, „daß Hofmusikant kein bürgerlicher Beruf ist?“ „Warum treibst Du denn diesen Beruf, wenn Sie so fragst?“ „Wir, das ist ganz etwas anderes, mir sind für Musik geboren, wir haben schon früher in einem kleinen Webbing Kienopp geliebt, aber der Chef bildete sich ein, daß der Konstin besser ist als unsere Musik. Wir müssen uns jetzt vollkommen umstellen, darum sind wir auch hier.“ „Denn weißt Du“, sagt mir das Mädchen mit dem Bubstopp, „teiner will zu diesem Beruf, das Leben zwingt ihn dazu.“

Inzwischen sind die Treiler beendet, der Herr Lehrer kommt heraus, um anzufangen, was ich wünsche. „Ich möchte Hofjäger werden oder Musikant, ich weiß nicht genau, worin ich geeignet bin.“ Ich komme auf die andere Seite der Decke. Auf einer alten Kirchengel fingt der Lehrer an, die Tonleiter zu spielen, und ich muß dazu singen. „Fabelhaft, fabelhaft!“ sagte im Wagnen der Lehrer. „Ich weiß ein schönes Lied für Sie: Arbeitslos, arbeitslos; mein Vater kennt mich nicht, meine Mutter sieht mich nicht!“ „Ach, das ist doch schon so bekannt.“ Der Lehrer: „Dann rate ich Ihnen, das Stempel Lied zu lernen. Erst muß ich damit auch meine Karriere gemacht, warum nicht Sie in Berlin gehen?“ Wenn man best, die ganze Karriere ist so billig — als Einzelfinger bezahlen Sie pro Stunde nur 1,20 Mark. Sie können sich aber auch eine Kapelle anstellen, dann kostet die Vermittlung und Ausbildung nur 80 Pfennig. Wollen Sie Referenzen sehen?“

Aus einer zerlegten Mappe tramt er einige Briefe heraus: An den Veltzer der Musikschule Schöntalng. Ach, Sie, „Belehrer Herr“! Ich spreche Wandlungen und Organisationsunterricht hin ich außerordentlich zufrieden. Ich bin nämlich bei der Gelsarmer gelangt und sehr glücklich, glücklich bin ich. Noch einmal meine Dank. Lote K.“ Die zweite Referenz ist von einem Wanderburschen. Er teilt mit, daß er ständig in demselben Dorf singt. Durch seine atademisch gebildete Stimme hätte er sogar eine Braut gefunden.

„Nun, Herr, jetzt habe ich Ihnen hoffentlich genug Mut gegeben, wollen Sie gleich ein „Brotkrumen“ mit der draußen wartenden Kapelle mitsingen?“ Ich muß mich rasch entscheiden. Schließlich gehe ich; ich habe gar keine 80 Pfennig bei mir. Der Herr Lehrer schreit mich an; mein, was mich einfließ, ihm keine Zeit zu stellen — und obson er Schöntalng best, klingt keine Stimme jetzt gar nicht schön und melodisch. E.

Lest den

ARBEITERFUNK

DAS BLATT DER WERKTÄTIGEN BASTLER UND HÖRER

Probieren kostenlos vom Verlag der Neuen Gesellschaft G.m.b.H. Berlin 914, Oranienburger Straße 48, unterhalb des Postamtes

Bestellungen nehmen alle Zeitungsboten und Filialen entgegen

Schlachthof-Freibank
Schweinefleisch (roh) 30 Pfg.
Schweinefleisch (gek.) 30 Pfg.

Zahnpraxis Koch

Den Bewohnern von Halberstadt und Umgebung zur gut Kenntnis, daß die Praxis meines verstorbenen Mannes in unveränderter Weise durch seinen früheren Assistenten, Herrn Fritz Verrier, staal. gepf. Dentist, weitergeführt wird.

Indem ich für das große Vertrauen, welches meinem Manne entgegengebracht worden ist, herzlich danke, bitte ich auch weiterhin um geneigten Zuspruch.

Hochachtungsvoll Frau u. Ww. Ottilie Koch,
Johannesbrunn 3

o Sprechtunde ab Mittwoch nachmittags 4 Uhr

Reparatur der Nähmaschinen
Wiederverkauf von Nähmaschinen
Reparaturarbeiten

Schüler-Martin-Gilde
aus Quedlinburg u. Ostern
Gilde-Mitglieder

Achtung! Empfehlung zum Freitag und Sonnabend, **Achtung!**

prima junges Schinkenfleisch

Schinken Fleisch, 55-65 Pfg., Scherer 80 Pfg., Rouladen Fleisch 45 Pfg., aus Service prima Qualitäten, Rattmar, Webermar, Säge und Gehacktes

g. Basse Fleischermesser, Franziskaner-Käse, 1/2 Pfund 1,80 Pfg., 1/4 Pfund 1,20 Pfg., 1/8 Pfund 0,80 Pfg., 1/16 Pfund 0,40 Pfg.

gutes Rindfleisch

1/2 Pfund 50 Pfg., 1 Pfund 1,00 Pfg.

A. Tannenber.

Weingarten 16.

Inserieren bringt Gewinn!

„Nordsee“

Seefische
grüne Heringe, Räucher-Weikräuter, erhaltene Eier, frisch in Öl, Qualität in

Seefische
1/2 Pfund 1,80 Pfg., 1 Pfund 3,60 Pfg., 2 Pfund 7,20 Pfg., 3 Pfund 10,80 Pfg., 4 Pfund 14,40 Pfg., 5 Pfund 18,00 Pfg., 6 Pfund 21,60 Pfg., 7 Pfund 25,20 Pfg., 8 Pfund 28,80 Pfg., 9 Pfund 32,40 Pfg., 10 Pfund 36,00 Pfg.

Silb - Sundermann!

Empfehle:
fr. grüne Heringe, 1/2 Pfund 1,80 Pfg., große grüne Heringe 1/2 Pfund 1,60 Pfg., kleine grüne Heringe 1/2 Pfund 1,50 Pfg., Seefische in Auswahl billigst.

Verkauft nur Goldweg 25, Telefon 2422.

Soziologische und schulpolitische Grundfragen der weltlichen Schule.

Von dem Verfasser von Prof. Max Weber und Dr. Kurt Hensel.

Preis nur 30 Pfg.

Halberstädter Tageblatt.

Matulatur

zu haben im Halberstädter Tageblatt.

Halberstädter Tageblatt.

2. Beilage zur Harzer Volksstimme

Nr. 29

Donnerstag, den 4. Februar 1932

7. Jahrgang

Die Neubaumieten.

Sie sind viel zu hoch.

Das Minimum des Lebenshaltungszinses im Januar 1932 um etwa 6 Punkte, was rund 4,5 Prozent entspricht, kam nicht darüber hinaus, daß der ganze Zeuungsindex überhaupt fast in den letzten Monaten stieg, die wirklich wenig Neigung zu einer Abflachung zeigen. Das gilt in erster Linie für die Wohnungskosten, für die Mieten. In der Zeit von Januar 1931 bis Januar 1932, also in einem Jahr schmerzlicher Deflation, schämlicher Schrumpfung der ganzen Wirtschaftstätigkeit, ist der gesamte Zeuungsindex um nicht ganz 16 Punkte zurückgegangen. Der Ernährungszins hat sich sogar um etwa 17,5 Punkte geholt. Der Mietenindex ging dagegen nur um 10,3 Punkte zurück. Ohne Zweifel hat die Preissteigerung die Erwartungen, daß auf dem Gebiet der Mieten endlich eine Normalisierung und eine Verbilligung eintritt, enttäuscht. Die Mieter erwarten eine Ermäßigung der Mieten um rund 15 Prozent und durch eine solche Ermäßigung wäre man dem tatsächlich eingetretenen Lohnabfall mehr gerecht geworden. Die Mieterordnung brachte für die Mieten dagegen nur eine Preisreduzierung von 7 bis 8 Prozent, also eine völlig ungenügende Senkung. Bei den Neubaumieten liegt die Senkung noch weit unter diesem Satz.

Die ungenügende Senkung der Mieten gerade in den Neubausiedlungen wirkt sich umso bedenklicher aus, als Zug um Zug ein weiterer Lohnabfall in Kraft getreten ist. Das entscheidende Moment im Haushalt des Arbeiters, des Beamten und des Angestellten ist aber der Anteil der Mietzahlung am Einkommen. Hier haben sich unheilbare Brechen entwickelt. In vielen Fällen macht der zu zahlende Mietpreis 3/4 bis 2/3 des Gesamteinkommens aus. Man muß sich darüber klar machen, daß eine derartige Verhältnisse bestimmte Konsequenzen haben muß. Miete Mieter werden die bisherigen Wohnungen nicht bezahlen können, weil sie, gemessen am Einkommen, teurer geworden und zu teuer sind. Sie werden bei der ersten besten Gelegenheit die zu teuren Wohnungen verlassen, nicht zum Vorteil der Volksgesundheit, da sich diese Ergebnisse herausstellen. Familien anderswo in fürchterlicher Lage zusammenbringen müssen. Andererseits ist es nicht so leicht, solche verlassenen Wohnungen aus neue zu vermieten. Die Mieten aus den Neubausiedlungen, auf die schon im Laufe des vergangenen Jahres immer wieder hingewiesen wurde, wird sich verschärfen. Die zu teuren Wohnungen werden leer stehen und das muß Rückwirkungen auf die finanziellen Verhältnisse der Vermieter haben. Kommt man hier nicht zu einer annehmbaren Lösung, dann muß man sich damit abfinden, daß unsere Neubausiedlungen im großen Ausmaß in die Ruine getrieben werden. Da dadurch auch die Bau- und Hochbaubetriebe betroffen werden müssen, ist dieser Ausblick hinsichtlich einer notwendigen Wohnungsfrage und im Hinblick auf die notwendige Förderung der Volksgesundheit nicht besonders erhehrend.

An der Deffektivität werden deshalb wieder neue Pläne erdacht, um zu einer Senkung der Neubaumieten zu kommen. So hat man u. a. vorgeschlagen, vorübergehend auf die Verzinsung der Tilgung der Bauzinsen Feuerzinsbefreiung zu Gunsten der Neubaumieten zu verzichten. Anders vorzuschlagen sehen einen Verzicht auf die Grundvermögenssteuer vor. Bei dem einen Plan, dem Verzicht auf die Grundvermögenssteuer, muß man sich darüber klar werden, daß, sofern er verwirklicht wird, ein Steueranfall entsteht, der vom Reich zu tragen wäre. Bei der Verwirklichung des anderen Projekts würden die künftigen und nötig ungenügenden Mittel, die heute noch für den Wohnungsbau zur Verfügung stehen, weiter schmälert. Man würde die Lage auf dem Bauplatz, der wenn er seine Beschäftigungsmöglichkeiten hat, ungenügend auf die ganze Industrie rückwirken muß, weiter verschlimmern. Man würde auch die Lebenshaltung der Wohnungsmieter hemmen, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt verschlechtern und auf die Dauer zu einer Verschärfung der Mieten beitragen. Es muß hier also ein Weg gefunden werden, der den Neubaumieten die notwendige Minderberücksichtigung sichert, ohne daß die finanziellen Schwierigkeiten Ausweitungen eines verschärften Baumarcktes eintreten.

Der bekannte Volkswirtschaftler Kahn-Franckfurt hat den Vor-

schlag gemacht, die Amortisationsrate für das Kapital herabzusetzen, um so eine Verbilligung der Neubausiedlungen zu ermöglichen. Rein geht dabei von der Ermäßigung aus, daß in der Tilgung der Bauforderungen die Lebensdauer der Wohnungsbauer zu kurz angenommen wird. Bei der Annahme einer längeren Lebensdauer könnte man niedrigere Tilgungssätze einfaktieren, wodurch sich eine Senkung der Mieten ergibt. Wenn man z. B. den Amortisationsfuß von 1 Prozent auf 1/2 Prozent ermäßigt, so bedeutet das eine Mietermäßigung von 8 bis 10 Prozent. Die Ermäßigung des Amortisationsfußes ist zwar ein wenig zu hoch; letztlich ist aber keine Herabsetzung richtig. Eine Herabsetzung der Tilgungssätze würde ohne Zweifel eine weitere Minderleistung in den Neubausiedlungen gestatten. Eine solche Maßnahme erhält auch ihre Rechtfertigung durch die Ermäßigung, daß die Lebensdauer der Häuser viel länger ist als der Zeitraum, der der Schuldentilgung zugrunde gelegt wird.

Man könnte hier zum Ziel kommen, indem man zwangsweise die Tilgungsrate für Wohnungsbaukreditnehmer herabsetzt, un-

gefähr in der Art, wie man das bei der Zinsentlastung gemacht hat. Dabei muß man aber in Kauf nehmen, daß die Störungen des Kapitalmarkts, die für die Wirtschaft recht unangenehme Folgen haben, verstärkt werden. Es gibt aber einen Weg, der diese Störungen z. T. vermeidet und doch Erfolg verspricht. Schließlich kommen die Neubausiedlungen von wenigen großen Bauherren, nämlich von den Sparkassen, den Hypothekendarlehen, der Privat- und Sozialversicherung usw. Es handelt sich hier durchaus um Spitzenorganisationen, mit denen sich zentrale Verhandlungen ermöglichen lassen. Auf dem Verhandlungswege wäre immerhin eine Verbilligung mit diesen Gängigern über eine gleichmäßige Herabsetzung der Tilgungsrate zu erzielen. Schließlich hätten diese Organisationen bei der letzten Herabsetzung die Gewähr, daß die Zahlungsverpflichtung ihrer Schuldner getätigt wird. Kommt es nämlich zu einer allgemeinen Verteilung auf dem Gebiet der Neubausiedlungen, dann sind die großen Bauherren natürlich in erster Linie die Leidtragenden. Das läßt sich durch eine rechtzeitige Konzeption hinsichtlich der Tilgungsrate vermeiden.

Im Grunde genommen sind wir der Auffassung, daß die Deflationpolitik ihr Ende erreicht haben muß. Wenn wir hier den gekennzeichneten Eingriff befürworten, dann deshalb, weil die Situation für die Neubaumieten unheilbar geworden ist und daß Entschärfungen bald kommen müssen.

Provinziallandtag voraussichtlich im April.

Sitzung des Provinzialausschusses am 3. Februar.

Merseburg, 3. Februar.

Zu Beginn der Sitzung des Provinzialausschusses, die am 3. Februar in Merseburg stattfand, erbat die Vorrede in ehrenwerten Worten des verstorbenen Mitgliedes, Oberbürgermeister a. D. Hermann Weisens-Wegeburg, der seit dem Jahre 1920 dem Provinziallandtag der Provinz Sachsen angehört und als dessen Präsident während 10 Sitzungen vorübergehend gewirkt hat. Mitglied des Provinzialausschusses war Weisens seit 1920 und hatte in den Jahren 1920 bis 1925 dessen Vorsitz inne. Auch vertrat er die Provinz Sachsen im Preussischen Staatsrat von 1928 bis 1929.

Als Mitglied des Provinzialausschusses tritt an seine Stelle der Gemeindefortschrittsbeamte Bach aus Magdeburg, der bisher Stellvertreter war. Zum stellvertretenden Mitglied für Bach wurde der

Geschäftsführer Rumbold, Magdeburg, bestimmt. Dem Platz des Verstorbenen im Provinziallandtag wird der Parteistellvertreter Otto Wenzler aus Magdeburg einrücken.

Als Termin für den Provinziallandtag wurde der 19. April (Eröffnungstag) vorgeschlagen.

Bereits im November hat der Provinzialausschuss den Betrag von 23 000 Mark zur Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke bei Lützenburg bewilligt, deren Fertigstellung ein schweres Verkehrsbehinderung im Zuge der viel befahrenen Straße Halle-Weißenfels bildet. Nachdem nunmehr auch der Etat eine Beihilfe von 25 000 Mark in Aussicht gestellt hat, ist damit zu rechnen, daß mit Beginn der wärmeren Jahreszeit die Reparaturarbeiten durchgeführt werden können.

Ein in der Gemarkung Kölsch (Kreis Bitterfeld), einer besonders waldreichen Gegend, gelegener fünf Morgen großer Rittergutspark mit besonders schönen und alten Baumbeständen wurde auf Grund des Gesetzes zur Erhaltung des Baumbestandes und der Erhaltung von Uferwäldern vom 29. Juli 1922 unter Schutz gestellt. Auf Grund des gleichen Gesetzes hatte die Stadt Bitterfeld beantragt, die Seepromenade in den Gemarkungen Bredde, Schrampe und Jickow in einer Länge von rund 9 km in das Verzeichnis der für den Wandererfreizeitspenden Uferwälder aufzunehmen. Dem Antrag wurde entsprochen.

Um eine weitere Befreiung der Landwirte vom Beitrage zu vermeiden hat es der Provinzialausschuss in Uebereinstimmung mit dem Gutachten der Landwirtschaftskammer abgelehnt, aus Mitteln des Viehwirtschaftsforschungsfonds Kosten als Entschädigung für abgeleitete Tierkadaver und zur Unterhaltung von Abdeckerien zu übernehmen.

Für den Fall außergewöhnlicher Unwetterbeschäden sind folgende Bezirkskommissionen neu bestellt worden: für den Regierungsbezirk Magdeburg: Gemeindefortschrittsbeamter Bach-Magdeburg, Landrat a. D. von Engelrothen-Alm-Bitterfeld; für den Regierungsbezirk Merseburg: Lehrer Grober-Laudhammer, Bankdirektor Köpfer-Halle-Saale; für den Regierungsbezirk Erfurt: Landwirt Degenhardt-Bernterode, Landwirt Kömer-Niedungen.

Als Wahlsitz für die Wahlen der Sechsmann zu Provinzialparlamentarier wurde die Zeit vom 11.-30. April d. Js. festgelegt. Als Anstaltsarzt bei der Landesbellanstalt Alsfeldberg wurde Dr. med. Jiritsch ange stellt.

Der Provinzialausschuss wird am 8. und 9. März zu den Vorarbeiten für die Haushaltspläne zusammenzutreten.

Alfred Nombert 60 Jahre alt.



Dr. Alfred Nombert.

Der berühmte symbolistische Lyriker, Mitglied der deutschen Dichterbund, feiert am 6. Februar seinen 60. Geburtstag. Seine Werke zeichnen sich durch ihre silberne Sprache aus und haben vielfach mystisch-theosophische Visionen zum Gegenstand.

Das Rätsel von Moldenberg

Roman von H. Blumenthal

37. Fortsetzung.

„Gewiß, wir wollen zusammen gehen, wenn Sie dazu bereit sind.“
„Heriot's Laden kostete ihn diesmal einige Tage.“
„Ich glaube nicht, daß einer von uns Urlaub hat, sich dort aufzuhalten“, sagte er, „und zwar aus verschiedenen Gründen. Ich sehe nicht ein, warum wir einander im Weg stehen sollten. Mein Interesse an der Affäre beschränkt sich auf die Verteilung des Geldes freiten, obwohl es tatsächlich größtenteils mir gehört. Wenn Sie mir 8000 Frank und die Papiere überlassen, können Sie den Rest behalten. Es wird gut für Sie sein, außer Landes zu gehen, und zwar, wenn ich Ihnen raten darf, eher als zu spät darauf geantwortet.“
„Martin bezog den Mund.“
„Dante befiel, aber ich habe kein Verlangen, außer Landes zu gehen, und was die Affäre betrifft, so habe ich, wie Sie der Folge auszubringen und dabei Sie als den Richter meines Stiefvaters zu bezeichnen. Bitte, liebe Elsa, warten Sie auf mich.“
„Er rief nach ihr, ohne seine Stimme zu erheben, da er sich vorstellen konnte, wie sie mit gespanntem Interesse jedes Wort verfolgte hatte.“

„Und er wandte nicht den Kopf nach ihr, denn er hatte es mit einem Herzweh zu tun und durfte nicht für eine Stunde an seiner Besonnenheit nachlassen. Aber in Charles Heriot's Gesicht konnte er lesen, daß Elsa eingetreten war und hinter ihm stand, und daß der Mann nur ihm sich zur Erkenntnis ließ und wie vom Donner gerührt war.“

„Kannst du beschwören, Elsa, daß dies der Mann ist, den du in Herrn Greniers Arbeitszimmer gesehen und natürlich für Herrn Grenier selbst gehalten hast?“ fragte er, ohne sich umzuwenden.

„Gewiß!“ versicherte Elsa mit Bestimmtheit. „Als er sich vor-her freudig über die Affäre freute, hielt ich es im ersten Augenblick für eine Vision; es war so ganz baskische Wild.“
„Mit Anstrengung befehlerte Heriot seine Stimme.“
„Bitte, mich vorzutellen, Martin“, sagte er, eine frühere Unbestimmtheit heuchelnd. „Ich hatte noch nicht das Vergnügen, Ihre Freundin kennen zu lernen.“

„Das ist nicht wahr!“ rief Elsa. „Sie haben mich in Brüssel beobachtet und verfolgt und dabei den Hut und Mantel dort getragen“, eiferte sie und deutete auf den schwarzen Ledermantel und den Schapphut, die auf dem Tische lagen. „Ehe der Adokat eine Antwort erlassen konnte, hielt sich Martin Elsa zugewandt.“

„Weider muß ich dich nochmals, auf einer kleinen Reise veranlassen, mein Schatz. Der Kussler, der mich bisher gefahren hat, ist in einer Schenke, die ganz nahe am Weg liegt. Laufe dich, bitte, von ihm zum Polizeiamt fahren, und sage den wachhabenden Offizieren, daß ich hier bin und bereit, mich zu stellen, und daß ich noch einen weiteren Gefangenen für Sie habe, in der Person des Charles Heriot, über den wir sehr ernste Mitteilungen machen werden. Du hast doch keine Angst, mein Herz?“

„Nur für dich“, entgegnete sie schnell, „weil du mit diesem Mann allein bleiben müßtest.“

Heriot's vernünftiges Wächeln klang nahezu echt.
„Darüber können Sie außer Sorge tun, mein gnädiges Fräulein“, versicherte er. „Ich bin keineswegs der schrecklichste Mensch, für den Sie mich anhalten“, und als er sich hiezu Martin zugewandt, hatte sein Gesicht wieder den bekannten freudigen Ausdruck, und seine Stimme ihren überzeugenden Ton angenommen.“

„Lassen Sie uns ein offenes Wort miteinander reden, Martin. Sie sollen die volle Wahrheit hören. Denn ich muß gestehen, daß Sie mich in die Klemme gebracht haben. Allerdings sehe ich die Polizei, aber aus einer ganz anderen Ursache, als Sie vermuten. Schenken Sie mir fünf Minuten, um jene Papiere zu verbrennen, und ich werde Ihnen Gerichten über Greniers Tod die Stirne bieten, trotz der gegen mich sprechenden Behauptung Ihrer Freundin; sie habe mich in Greniers Arbeitszimmer gesehen. Lassen Sie mich die Papiere verbrennen, und ich gebe Ihnen eine schriftliche

Erklärung, die Sie von jedem Anteil an dem schlimmen Handel freisetzt. Sie — und Frau Grenier, falls diese auch angefaßt werden sollte. Nebenbei möchte ich fragen, wo sich Ihre Mutter aufhält. Wenn Sie es vorziehen, ein unermittelter Heriot's Sohn zu bleiben, so wird die erste Folge sein, daß Ihre schöne Freundin vor Gericht gestellt wird, und die letzte mag eine Verurteilung Frau Greniers sein, die dann für einen Mord büßen muß, den sie nicht begangen hat. Soweit ich ermessen kann, ist sie nur durch meine Bemühungen zu retten, und Sie werden dafür, wenn Sie auf Ihren schändlichen Missetaten gegen mich verharren, vermutlich den Tod Ihrer Mutter zu verantworten haben.“

„Sollen wir ganz offen sein?“

„Elsa konnte es kaum ermannen, von ihrem Besten zu Ausführung seines Auftrages ermächtigt zu werden. Sie war so viel vorgezogen, daß er sie sehen konnte, ohne den Kopf zu wenden, und in ihrem Gesicht lag es die bringende Aufforderung, allen Trost zu bieten und keine Zugeländnisse zu machen. Aber er ließ sich durch die Prüfung gegen seine Mutter, und nicht weniger durch die Rücksicht auf Elsas eigene Lage, beeinflussen.“

„Gut, mögen Sie Ihre Erklärung schreiben“, sagte er zögernd, und Heriot zündete seine ausgegangene Zigarre wieder an.
„Dann sollen Sie die volle Wahrheit hören“, sagte er, und ich zweifle nicht, daß wir uns verständigen werden. Es sind Monroy-Minen, die mich beunruhigen, das Geschäft, wenn dessen, wie Sie wissen, Grenier in der Nacht seines Todes verhaftet wurde. Es würde ihm, falls er am Leben geblieben wäre, eine ganz leicht ausgeführt werden. Das Publikum hat Ihre Mutter fast aufgebracht und fordert einen Sündenbock, und Ihr Stiefvater hatte offenbar den Kopf verloren und mochte tiefstufige unermitteltliche Strafe. Er machte sie hinter meinem Rücken, und ich bin daher nicht eigentlich verantwortlich für den Straß. Aber man kann in solchen Fällen nie im voraus wissen, wenn die Schuld zugelassen wird, und wenn mein Briefwechsel mit Grenier über die Monroy-Minen in feindliche Hände geriet, könnte er ganz leicht ausgeführt werden. Nachdem ich einen Brief über Greniers bevorstehende Verhaftung erhalten hatte, ließ mir die Sorge um meine Briefpost keine Ruhe. Ich fuhr somit nach Molden-

